

Beschlüsse vom 26. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND vom 12. bis zum 14. Mai in Jena



Der ermutigende Sozialstaat	Seite 2
G-8 Gipfel	Seite 22
Stadt der Zukunft	Seite 23
Unterstützung Tabak Manifesto	Seite 30
Rektoratsbesetzung in Siegen	Seite 30
Friedenspolitische Kommission	Seite 31
Menschen mit Behinderung integrieren	Seite 34
Homophobie im Sport beseitigen	Seite 37
Autofreie Sonntage	Seite 37
Trampstellen einrichten	Seite 38
Hilf mit beim Kampf gegen AIDS!	Seite 38
GEZ abschaffen	Seite 39
Wo Öko draufsteht, muss auch Öko drin sein!	Seite 40

Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem 26. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND in Jena.

Der ermutigende Sozialstaat

Ein Beitrag der GRÜNEN JUGEND zur grünen Zukunftsdebatte

Wo bleibt die Gerechtigkeit? Diese Frage drängt sich auf, wenn mensch einen Blick auf die bundesdeutsche Realität wirft. Deutschland 2005, das ist ein Land, in dem Millionen Menschen vor gravierenden sozialen Problemen stehen. Dahinter stecken zum Teil die alten sozialen Fragen: die nach der Bewältigung der Massenarbeitslosigkeit, die derzeit Millionen Menschen Einkommen, gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung verwehrt. Oder die nach einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung, wenn einerseits die privaten Vermögen unerreichte Höhen erklimmen, während andererseits hunderttausende Haushalte in der Schuldenfalle stecken und mehr als 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche in Armut leben. Doch irren alle jene, die die sozialen Probleme auf diese Fragen reduzieren. Die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft gehen weit über Arbeitslosigkeit und ungerechte Verteilung von Vermögen hinaus. Neue soziale Fragen müssen gestellt werden, wie die nach dem Zugang zu Bildung, nach der Armut von MigrantInnen, nach der immer noch vorhandenen Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, nach der Gesundheitsarmut oder der zunehmenden Ausbeutung von Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund muss die Debatte um die Zukunft des Sozialstaats neu geführt werden. Einzelne Notoperationen am bestehenden Sozialstaat werden bei der Beantwortung dieser neuen sozialen Frage nicht weiterhelfen. Wir brauchen vielmehr eine neue Grundsatzdebatte um die Aufgaben, das Selbstverständnis und die Ausgestaltung des Sozialstaates. Hier wird es unterschiedliche, kontroverse, ja widersprüchliche Vorstellungen geben – und das ist auch gut so. Keine Sachzwanglogik, keine angeblich eindeutige ökonomische Logik, keine vermeintliche ExpertInnenrunde kann eine gesellschaftliche Debatte über diese Zukunftsfrage ersetzen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Debatte auf dem Zukunftskongress führen. Mit diesem Beschluss wollen wir dazu beitragen, dass daraus eine leidenschaftliche, kontroverse Debatte wird. Denn es geht um eine Frage, die jeden von uns betrifft: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben?

Freiheit und Gerechtigkeit

Im Zentrum einer modernen linken, emanzipativen Politik stehen die Werte der Gerechtigkeit und der Freiheit. Gerechtigkeit muss dabei mehr umfassen als Verteilungsgerechtigkeit: Zum Kern unseres Verständnisses von Gerechtigkeit gehören die ökologische und internationale Gerechtigkeit, Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit sowie Chancengleichheit. Freiheit verstehen wir als Befähigung zur Selbstbestimmung und als Emanzipation von staatlichen und gesellschaftlichen Zwängen.

In der Debatte um den Sozialstaat werden Freiheit und Gerechtigkeit häufig gegeneinander ins Feld geführt – es dürfte

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

einer der größten Erfolge der Neoliberalen gewesen sein, diesen Gegensatz konstruiert zu haben. Und es war eine der größten Dummheiten der alten Linken, darauf hereinzufallen.

Wir sehen hingegen einen engen Bezug zwischen diesen beiden Werten. Wir fragen uns: Welchen Sinn soll Gerechtigkeit ohne individuelle Freiheit haben? Und andererseits: Wie soll es ohne Gerechtigkeit reale Freiheit geben. Der Wirtschafts-Nobelpreisträger Amartya Sen hat für dieses Verhältnis der Gegenseitigkeit den Begriff der Verwirklichungschancen geprägt. Dieser Begriff bietet auch Orientierung für grüne Politik: Ziel muss sein, den Menschen reale Freiräume zur Selbstverwirklichung zu eröffnen. Und dies geht eben nicht, ohne Antworten auf die harten Gerechtigkeitsfragen zu geben: Wie sollen Menschen, die in Armut leben, frei und selbstbestimmt an der Gesellschaft teilnehmen? Wie steht es um die Verwirklichungschancen derer, die keinen Schulabschluss haben? Wie um die der neuen sozialen Unterschichten, die eine deutlich geringere Lebenserwartung haben als die Mittel- und Oberschichten? Wenn die Grünen wirklich eine moderne linke Partei sein wollen, dann gehören diese Fragen, dann gehört diese Orientierung an den realen Verwirklichungschancen der Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik. Das heißt auch, die Verschiedenheit der Menschen ernst zu nehmen. Starke braucht weniger staatliche Unterstützung als Schwache, Menschen mit chronischer Krankheit oder Behinderung brauchen mehr Hilfe als Gesunde.

Zugleich bietet die Orientierung an den Verwirklichungschancen der Menschen Schutz davor, in einen sozialstaatlichen Paternalismus zu verfallen. Es geht darum, die Menschen zu befähigen, ihr Leben selbstbestimmt zu leben. Es geht nicht darum, ihnen den eigenen Entwurf vom guten Leben – und das gilt auch für den Lebensentwurf des ökologisch aufgeklärten, humanistischen Grünen – aufzudrücken. Unser Ziel ist nicht der bevormundende, sondern der ermutigende Sozialstaat.

Der existierende Sozialstaat behindert nicht nur die Chancen vieler Menschen, er verschwendet auch Unsummen an Geld auf die Nachsorge von Problemen, deren Entstehung er eigentlich hätte verhindern müssen – das gilt für das Gesundheitswesen ebenso wie für die Sicherheitspolitik, für die Integration von MigrantInnen ebenso wie für die Einbeziehung unqualifizierter Langzeitarbeitslose in die Gesellschaft. Eine Politik, die an gleichen Verwirklichungschancen und an der Ermutigung der Menschen ansetzt, ist deshalb zugleich in ihrem Innersten eine Politik der Vorsorge und der Prävention.

Ökologische und internationale Gerechtigkeit

Gleiche Verwirklichungschancen dürfen nicht mit Umweltzerstörung oder dem Zementieren internationaler Ungerechtigkeiten einhergehen. Im Gegenteil: Ein solches Vorgehen würde dieses Leitbild pervers missverstehen. Denn das Recht auf gleiche Verwirklichungschancen kommt natürlich nicht nur den heute in Deutschland lebenden Menschen zu – sondern ebenso den kommenden Generationen und den Menschen anderswo auf der Welt.

Damit grenzt sich grüne Politik von einer Politik der entfesselten, unregulierten Märkte ebenso ab wie von einer blinden wachstumsgläubigen Nachfragepolitik, von einer brutalen deutschen Wettbewerbspolitik ebenso wie vom lafontainschen Protektionismus. Es ist die Herausforderung und das Alleinstellungsmerkmal grüner Politik, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme zusammenzudenken mit ökologischer und internationaler Gerechtigkeit.

Diese Ziele werden sich nur erreichen lassen, wenn uns die Wiederbelebung der Debatte um die Definition von Wohlfahrt gelingt. Die Ausrichtung unserer Gesellschaft auf immer mehr – mehr Wachstum, mehr Konsum, mehr Leistung – zerstört die ökologischen und sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft. Ihre Folgen sind nicht nur überforderte Ökosysteme, sondern auch überforderte Menschen, die in der Leistungsgesellschaft nicht mehr mitkommen oder nicht mehr mitkommen wollen, die nicht zum „**flexiblen Menschen**“ (Richard Sennett, amerikanischer Soziologe) werden wollen. Darin besteht auch die Chance dieser Debatte: aufzuzeigen, dass es nicht um Verzicht geht, sondern um andere Lebensentwürfe, um Entschleunigung, um mehr Freiraum für Individualität.

Ein guter Sozialstaat macht noch keine soziale Gerechtigkeit

So wichtig Reformen der öffentlichen Institutionen oder der sozialen Sicherungssysteme sind, so werden sie alleine doch nicht reichen, um die neuen sozialen Frage zu beantworten. Zu wichtig sind dabei die Rollen von Wirtschaft und Gesellschaft. Zu subtil laufen zum Teil neue Prozesse der Ausgrenzung und Diskriminierung ab. Für die Beantwortung der neuen sozialen Frage wird es auch auf andere Politikbereiche wie die VerbraucherInnenschutzpolitik oder die Gesellschaftspolitik entscheidend ankommen. Eine Politik der gleichen Verwirklichungschancen muss verhindern, dass Menschen aus sozialen Brennpunkten aufgrund von Scoring-Verfahren keine Kredite oder Handy-Verträge bekommen. Oder dass MigrantInnen keine Chance auf eine Mietwohnung haben oder auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt diskriminiert werden. Und sie muss die Rolle von Prävention und Vorsorge im Gesundheitsbereich stärken.

Doch sind nicht nur verschiedenen Politikbereiche gefordert, wenn es um die Lösung neuer wie alter sozialer Fragen geht. Ohne eine lebendige BürgerInnengesellschaft wird eine Politik der Inklusion und der Ermutigung letztlich scheitern, fehlt ihr doch AdressatIn und TrägerIn. Auch hier gibt es nicht wie so oft behauptet einen Widerspruch zwischen Sozialstaat und gesellschaftlichem Engagement, sondern ein gegenseitig befruchtendes Verhältnis. Ohne gesellschaftliches Engagement im Vorfeld der öffentlichen Institutionen wird der Kampf um demokratische Institutionen nicht zu gewinnen sein. Und zwar in einem doppelten Sinn: Demokratische Institutionen, in die kein gesellschaftliches Engagement einfließt, in denen sich kein Streit ums Gemeinwohl organisiert und keine Interessenrepräsentation stattfindet, trocknen von innen aus und werden zu kalten Bürokratien. Institutionen, die (noch) nicht demokratisch organisiert sind oder überhaupt erst noch erfunden werden müssen, können nur von außen durch gesellschaftlichen Einsatz in die Wirklichkeit geholt werden.

Es bedarf der Bereitstellung starker staatlicher Institutionen, um Engagement möglich zu machen, aber eben so sehr bedarf es dann eben des Einsatzes engagierter Bürgerinnen und Bürger, um eine Gesellschaft zusammenwachsen zu lassen.

Markt und Staat

Ein stetig wiederkehrendes Motiv in der Sozialstaatsdebatte ist das vom Gegensatz zwischen (Sozial-)Staat und Markt. Dreist (und leider erfolgreich bis in die Reihen von Grünen und SPD hinein) verbreiten die Neoliberalen ihre Propaganda vom Sozialstaat, der den wirtschaftlichen Erfolg verhindere und damit für Massenarbeitslosigkeit und Armut verantwortlich sei. Nach dieser Auffassung gibt es nur eine Antwort auf die sozialen und wirtschaftlichen Probleme: Die Entfesselung des Marktes und das Vertrauen darin, dass wirtschaftliches Wachstum den Lebensstandard aller Menschen heben

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

wird. Wer auf diese Propaganda hereinfällt, der muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er oder sie weder etwas vom Funktionieren einer Volkswirtschaft noch von Gerechtigkeit versteht – oder knallhart die Interessen einer kleinen, reichen Minderheit vertritt.

Denn erstens gibt es keinen empirischen Zusammenhang zwischen dem Umfang des Sozialstaats und dem wirtschaftlichem Erfolg des Landes. Sowohl Länder mit einer hohen Steuer- und Abgabenquote als auch Länder mit einer niedrigen sind wirtschaftlich erfolgreich – und umgekehrt. Es kommt also vielmehr darauf an, wie der jeweilige Sozialstaat aufgebaut ist und wie genau er finanziert wird. Die ökonomische Logik mag Reformen des Sozialstaats nötig machen – ihn abzubauen oder gar aufzugeben, das erzwingt sie nicht!

Zweitens ist es keineswegs so (selbst in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums nicht), dass der Markt automatisch für mehr Gerechtigkeit oder für höhere Verwirklichungschancen aller Menschen sorgt. Dies belegt ein Blick in die USA. Trotz enormen Wirtschaftswachstums hat sich die Lebenssituation der meisten Menschen verschlechtert. Als „*Joyless Economy*“ (freudlose Ökonomie) verspottete daraufhin Paul Krugman, einer der renommiertesten Ökonomen Amerikas, die USA. Daraus sollte jedoch nicht der ebenso falsche Umkehrschluss gezogen werden, dass die wirtschaftliche Dynamik für das Erreichen sozialer Gerechtigkeit unerheblich ist. Ohne wirtschaftliche Dynamik sinken die Verteilungsspielräume, die sozialen Sicherungssysteme stehen unter zusätzlichem Druck und die Arbeitslosigkeit erhöht sich. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass der deutsche Staat sich stärker als andere Staaten über die Belastung von (Arbeits-)Einkommen und kaum über die Besteuerung von Bestandsgrößen finanziert. Sinken oder stagnieren durch geringere wirtschaftliche Dynamik die Arbeitseinkommen, so ist die Begrenzung der Verteilungsspielräume. Moderne linke Politik muss dies bei der Frage, wie sie den Sozialstaat gestalten will, berücksichtigen. Dazu gehört ein Bekenntnis zur sozialen und ökologischen Marktwirtschaft genauso wie ein Bekenntnis zu den Grenzen des Marktes. Wir wehren uns vehement dagegen, alle gesellschaftlichen Bereiche dem Zwang des Marktes und der ökonomischen Rationalität zu unterwerfen. Im Gesundheitswesen oder in der Kultur muss es Freiräume für andere Logiken, für Ethiken jenseits von Profitstreben geben.

Perspektiven für einen besseren Sozialstaat!

Unsere Gesellschaft steht also vor einer „neuen sozialen Frage“, die sich auf Grund einer zunehmenden Zahl von Ausgegrenzten stellt, die an den zentralen gesellschaftlichen Gütern – Bildung, Arbeit und Einkommen – nicht mehr teilhaben. Wir sehen mit Sorge, wie die zunehmende soziale Exklusion mit der Ausbildung einer „Schicht der Ausgeschlossenen“ einhergeht, die vom Rest der Gesellschaft abgekoppelt ist. In Deutschland, ja in großen Teilen der Welt besteht die ernsthafte Gefahr einer neuen Klassenspaltung, in eine Klasse der Teilhabenden und eine Klasse der Ausgeschlossenen. Diese neue Klasse wird sich aus vielen Gruppen zusammensetzen: aus den Hängengebliebenen, die schon immer draußen waren, aus den Abgestürzten, die aus der Mitte nach unten durchgefallen sind, oder aus den Verunsicherten, die Angst haben, bald zu den Ausgeschlossenen zu gehören.

Der deutsche Sozialstaat hat sich als unfähig erwiesen, eine Antwort auf diese neuen sozialen Probleme zu finden, ja er trägt stellenweise sogar die Schuld an diesen Problemen. Der Erfolg im deutschen Bildungswesen ist so stark an die sozi-

ale Herkunft gekoppelt, dass sich die Vereinten Nationen einen Sonderberichtersteller nach Deutschland schickten, der die deutsche Regierung an das Menschenrecht auf Bildung erinnerte. MigrantInnen und Menschen aus sozial benachteiligten Milieus werden auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert, ohne dass es zu einem großen Aufschrei kommen würde. Der deutsche Sozialstaat ist immer noch zugeschnitten auf ein Ehepaar mit einem gut verdienenden Mann und einer kinderziehenden Hausfrau. Dies ist eine der Ursachen für die Ausgrenzung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In keinem anderen Land der OECD gibt es so viele Langzeitarbeitslose wie in Deutschland und nirgendwo haben sie so schlechte Chancen für eine Rückkehr an den Arbeitsmarkt. Dabei werden in Deutschland hohe Summen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ausgegeben. Ältere Menschen wurden mit der Frühverrentungspolitik systematisch aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme allein über den Faktor Arbeit und die besondere Belastung unterer Einkommen hat das Entstehen neuer Jobs im Dienstleistungsbereich stark erschwert. Da es in der Sozialversicherung keinen Freibetrag gibt und die Beitragsbemessungsgrenzen die Zahlung oberer Einkommen beschränken, werden untere Einkommen wesentlich stärker belastet. Insbesondere in einem arbeitsintensiven und preisempfindlichen Bereich, wie Dienstleistungen, hat dies negative Auswirkungen. Häufig ist es dadurch billiger Arbeitskräfte durch erhöhten Ressourcenverbrauch (neuer Fernseher statt Reparatur, eigenes Auto statt Taxi) zu ersetzen.

Es hat deshalb nichts mit moderner linker Politik zu tun, den Sozialstaat deutscher Prägung zu verteidigen. Ebenso wenig verteidigen wir die Politik von Ex-Bundeskanzler Schröder und Teilen der grünen Fraktion, die unter dem Vorwand eines Umbaus des Sozialstaats tatsächlich seinen Abbau betrieben haben. Wir fordern stattdessen, dass die Grünen für einen ermutigenden Sozialstaat eintreten, in dem gleiche Verwirklichungschancen, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit die Leitbilder sind.

Den deutschen Sonderweg in die Sackgasse beenden - Segel setzen nach Skandinavien!

Die skandinavischen Länder weisen in fast allen Politikbereichen größere Erfolge auf als Deutschland: sie haben eine geringere Arbeitslosigkeit, deutlich niedrigere Armutsquoten, sind erfolgreicher bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, haben hervorragende Bildungsabschlüsse sowohl in der Breite wie auch in der Spitze, sie sind Deutschland auf dem Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft um Meilen voraus, sie betreiben eine mindest ebenso konsequente Umweltpolitik und liegen bei vielen Umweltrankings noch vor Deutschland und sie erfüllen die 0,7%-Quote in der Entwicklungsfinanzierung. Gerade für uns Grüne können und sollten die skandinavischen Länder deshalb Vorbilder sein. Es geht dabei keineswegs darum, das skandinavische Modell zu überhöhen oder gar zu glorifizieren. Es geht auch nicht um die Behauptung, die Bundesrepublik bzw. die kontinentaleuropäischen Staaten sollten das skandinavische Modell übernehmen. Als gebe es einen Schalter, den man einfach umstellen könnte. Als hätten wir nicht unsere eigene Sozialstaatstradition, aus der wir in bestimmten Punkten nicht heraus kommen können, und auch nicht sollten. Und als wären die Praxis kleiner Länder wie Dänemark oder Norwegen ohne weiteres auf große Länder wie Deutschland oder Frankreich übertragbar. Schließlich lassen sich auch im angelsächsischen Modell emanzipatorische Elemente finden, die gegenüber paternalistischen Momenten in skandinavischen Modellen vorzugswürdig sind. Letztlich geht es darum, dass wir uns an bestimmte zentrale Elemente in einem anspruchsvollen und anstrengenden Prozess annähern können und sollten.

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

Fünf Bausteine könnten helfen, den deutschen Sozialstaat nach skandinavischem Vorbild fit für die neuen sozialen Herausforderungen zu machen: eine Stärkung der öffentlichen Institutionen, ein neues Bildungssystem, eine Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung, ein neues Geschlechterverhältnis und ein neuer öffentlicher Finanzierungsmix.

It's the institutions, stupid!

In vielen Bereichen setzt der deutsche Sozialstaat primär auf individuelle Transfers – und erzielt damit schlechte Ergebnisse. Zugleich fristen die öffentlichen Institutionen ein kümmerliches Dasein: zum Teil sind sie wie bei der Kinderbetreuung für Unter-Dreijährige gar nicht vorhanden, ansonsten baufällig (wie viele deutsche Schulen), personell unterbesetzt (wie der gesamte Bildungs- und Forschungsbereich, aber auch viele öffentliche Behörden wie zum Beispiel die Steuerverwaltung) und strukturell in keiner Weise auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet.

Besonders eklatant ist dies im Bereich der Kinder- und Familienförderung. International bietet Deutschland hier Familien mit Kindern eine vergleichsweise hohe steuerliche Förderung: Jährlich werden rund 60 Milliarden Euro über umfangreiche Steuererleichterungen und Finanzhilfen in die direkte Förderung von Familien mit Kindern investiert. Gleichzeitig ist die Infrastruktur für Kinderbetreuung quantitativ wie qualitativ desolat. Mit dieser Politik wird keines der angestrebten Ziele erreicht: weder kinderfreundliche Bedingungen noch ein durchschlagender Erfolg bei der Bekämpfung der Kinderarmut. Zugleich ist das ungenügende Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder unter sechs Jahren einer der Hauptgründe für die Misere und die hohe soziale Auslese des deutschen Bildungssystems.

Die GRÜNE JUGEND fordert deshalb einen entschiedenen Kurswechsel. Die öffentlichen Institutionen gehören in den Mittelpunkt der politischen Debatte, sie müssen an vielen Stellen grundlegend reformiert werden und sie brauchen schlicht und einfach sehr viel mehr Geld und personelle Ressourcen. Denn die öffentlichen Institutionen spielen angesichts der neuen sozialen Frage eine herausragende Rolle: Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit werden sich nur mit besseren Kindergärten, Schulen und Universitäten verwirklichen lassen, ein würdevolles Leben im Alter nur mit besseren Pflegeeinrichtungen und Steuergerechtigkeit nur mit einer besseren Steuerverwaltung. Das muss allerdings auch heißen, dass der Ausbau öffentlicher Institutionen Vorrang gegenüber neuen oder höheren monetären Transfers bekommen muss, ja dass zum Teil monetäre Transfers zu Gunsten besserer öffentlicher Institutionen abgebaut werden müssen.

Letztlich meint der Institutionengedanke, sich wieder der Notwendigkeit staatlichen Handelns zu vergegenwärtigen, die Rolle des Staats zur Herstellung sozialer Gerechtigkeit ernst zu nehmen. Ein ermutigender Sozialstaat, ein Sozialstaat der Institutionen, das ist kein abgemagerter Sozialstaat – unser Plädoyer halten wir zugleich für einen anderen und für einen umfassenderen Sozialstaat.

Wie groß die Aufgabe eines solchen Kurswechsels ist, wollen wir am Beispiel des deutschen Vorschul- und Schulsystems deutlich machen. Viele andere Bereiche wären ebenso zu beschreiben: Hochschulen, der Bereich der Pflege, Kulturinstitutionen. Doch wollen wir uns hier bewusst auf diese beiden Bereiche beschränken, weil ihnen aus unserer Perspektive eine Schlüsselrolle bei der Beantwortung der neuen sozialen Fragen zukommt. Wer heute nicht in bessere Schulen und Kindertagesstätten investiert, der verspielt die Zukunft der Kinder und den sozialen Frieden von morgen. Und das dürfen wir uns als junge Generation nicht gefallen lassen.

Gerechtigkeit fängt früh an!

Das deutsche Bildungssystem braucht dabei nicht weniger als eine Revolution – und zwar von klein auf. Ein Schwerpunkt muss dabei auf dem vorschulischen Bereich liegen, denn hier ist Deutschland ein absolutes Entwicklungsland. Für Kinder unter drei Jahren gibt es nahezu keine Betreuungsangebote, bei denen über drei Jahren sind es immer noch zu wenige, die zudem zumeist nicht kostenlos sind und die sich nahezu ausschließlich als Betreuungseinrichtungen verstehen – und nicht als Orte der Erziehung und des spielerischen Lernens. Dies ist umso fataler, weil empirische Studien belegen, dass bereits kleine Kinder lernen können und wollen, ja das bereits im Alter zwischen drei und sechs Jahren die Fundamente für eine gute Bildung gelegt werden müssen. Dieser Missstand findet eine seiner Ursachen in den noch immer wirkenden konservativen Vorstellungen von Familie und der Eltern-Kind-Beziehung. In Deutschland gilt noch immer: Am besten sind kleine Kinder bei ihrer Mutter aufgehoben. Wenn Mütter diesem Bild nicht entsprechen, werden sie schnell als Rabenmutter beleidigt. Diese verquere Vorstellung, die durch die Erziehungsforschung längst widerlegt ist, ist schlecht sowohl für die Eltern wie für die Kinder. Besonders schlecht ist sie aber für die Kinder, die so in Verhältnissen aufwachsen, in denen in ihre Eltern aus welchen Gründen auch immer – ob aus materieller Armut, weil sie es schlicht nicht gelernt haben oder weil sie sich nach Jahren des Sozialhilfebezugs und der Ablehnung durch die Gesellschaft selbst zurückgezogen haben – nicht optimal fördern können. Und besonders schlecht ist es vielfach für Kinder mit Migrationshintergrund.

Deshalb wollen wir als GRÜNE JUGEND mit dieser überkommenen deutschen Tradition brechen. Wir setzen uns ein für einen Rechtsanspruch für U3-Betreuungsplätze und den Aufbau eines flächendeckenden kostenlosen Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren. Dies wollen wir durch eine Kürzung des Kindergeldes finanzieren. Zugleich sollen die Kindergärten zu Orten der Betreuung, der Erziehung und der Bildung ausgebaut werden. Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren soll der Kindergarten verpflichtend und kostenlos sein. Finanziert werden könnte dies durch eine Abschaffung des EhegattInnen-Splittings. Der Bund könnte mit diesem Geld Gutscheine an die Eltern ausgeben für kostenlose U3-Betreuung. Diese Gutscheine können die Eltern dann in den Kommunen einlösen, die damit einen Anreiz und die Finanzmittel erhalten, entsprechende Betreuungseinrichtungen aufzubauen.

In diesen Schritten liegen großartige Chancen: für die Kinder, denen Orte des gemeinsamen Spielens und Lernens geboten werden, ebenso wie für Eltern, denen ein Teil der Last der Kinderbetreuung genommen wird. Doch dazu ist viel Sorgfalt bei der Ausgestaltung der Kinderkrippen und Kindertagesstätten nötig, denn diese dürfen nicht zu seelenlosen Verwahranstalten werden. Dazu braucht es finanzielle Spielräume bei den Kommunen für Investitionen in kindergerechte Gebäude, eine Aufwertung der ErzieherInnenausbildung durch Verlagerung an Hochschulen und Geld für gesunde, ökologische Mahlzeiten und kreative Spiel-Angebote. Wir sprechen uns auch für eine weitgehende Autonomie der einzelnen Einrichtungen aus – diese sollten gemeinsam mit den Eltern aber auch mit den Kindern über ihr Budget, ihr Personal, aber auch die konkrete Ausgestaltung des Bildungsauftrages entscheiden können.

Auch in den deutschen Schulen besteht dringender Handlungsbedarf. Der Kollaps der Berliner Rütli-Hauptschule vor den Augen der Öffentlichkeit hat diesmal noch einmal deutlich gemacht – auch wenn spätestens seit PISA klar sein sollte, in welcher Sackgasse das deutsche Bildungssystem steckt. Wenn diese Missstände nicht endlich zu dem Top-Thema

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

der Linken werden, dann kann sie ihren Anspruch auf Gerechtigkeit begraben.

Notwendig ist im Schulsystem ein Dreiklang aus Strukturreformen, einer neuen Lernkultur und mehr personellen und finanziellen Ressourcen. Nur mit diesen drei Säulen wird sich ein Schulsystem errichten lassen, das dem Anspruch von Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit entsprechen kann. Wie in kaum einem anderen Bereich ließe sich hier das skandinavische Vorbild, vor allem das finnische übertragen – wenn in Deutschland endlich einmal eine entideologisierte Debatte über Schul- und Bildungspolitik stattfinden würde. Dabei gilt es zuerst einmal den angeblichen Widerspruch zwischen Leistung und einer offenen, an den Wünschen und Interessen der Kinder orientierten Lernkultur aufzulösen. Gute Leistungen lassen sich keineswegs mit dem Rohrstock oder seinen zeitgenössischen Äquivalenten erzielen, sondern sie entstehen vielmehr aus Neugierde, Freude am Lernen und Erfolgserlebnissen. Diese anzuregen muss im Mittelpunkt einer Lernkultur der individuellen Förderung stehen. Aus einem Menschenbild des Empowerment heraus muss der Grundsatz gelten: die meisten Kinder haben Schwächen, aber alle haben Stärken. Diese zu entdecken, sie gemeinsam zu entwickeln und sie individuell zu fördern muss der Auftrag der LehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen sein und nicht wie bisher das Nachweisen von Mängeln und Fehlern.

Zugleich müssen sich die Strukturen der deutschen Schule grundlegend ändern. Der wohl wichtigste Schritt ist der zur Ganztagschule, die zum einen die Freiräume für individuelle Förderung schaffen würde und zum anderen die hohe soziale Selektivität reduzieren könnte. Denn so würden auch Kinder aus bildungsfernen Schichten in den Genuss von Hausaufgabenbetreuung, Nachhilfe oder qualitativ hochwertigen Nachmittagsangeboten kommen. Dabei ist eine gute Ganztagschule nichts weniger als die Verlängerung des derzeitigen Schulübels in den Nachmittag hinein, sondern sie entzerrt und entschleunigt den Schulalltag und sie eröffnet den Freiraum für Sport-, Kultur- oder Medienangebote am Nachmittag. Zudem fordert die GRÜNE JUGEND ein Ende des dreigliedrigen Schulsystems. Die deutsche Schulpraxis des Ausortierens und Abschiebens ist gescheitert – ihr Ergebnis ist die Konzentration aller Problemfälle an den Hauptschulen. Doch auch die Leistungsspitze profitiert von dieser Politik nicht – die finnischen Gemeinschaftsschulen erreichen mit ihrer Mischung aus gemeinsamen Lernen und individueller Förderung bessere Ergebnisse in der Spitze wie auch im unteren Bereich. Deshalb spricht nicht nur die soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Leistungsorientierung für eine neue Gemeinschaftsschule.

Doch wird keine dieser Reformen – egal ob individuelles Fördern, Ganztagschule oder Gemeinschaftsschule – ohne eine bessere Ausstattung der Schulen Früchte tragen. Im Gegenteil: Die Ganztagschule ohne mehr LehrerInnen, ohne SchulsozialarbeiterInnen und BetreuerInnen droht zur Verwahranstalt zu werden, individuelles Fördern ist ohne zusätzliche LehrerInnenstunden pro SchülerIn nicht möglich. Doch es geht nicht nur um mehr Personal. Es geht um Investitionen in die Schulinfrastruktur, es geht um Geld für Projektunterricht oder um Geld für ökologisches Essen an den Schulen. Wie groß der zusätzliche Finanzbedarf in den deutschen Schulen ist, zeigen Schätzungen des Verbandes der bayrischen Wirtschaft: dort wurden 25-30 Milliarden Euro Mehrausgaben pro Jahr eingefordert. Es ist unvorstellbar, dieses Geld durch Haushaltsumschichtungen oder Subventionskürzungen zeitnah zusammen zu bekommen. Eine Fokussierung auf solche Finanzierungsformen wird dazu führen, dass in absehbarer Zeit einfach nichts passieren wird. Wer Gerechtigkeit von früh auf will, wer eine Politik der gleichen Verwirklichungschancen will, der muss letztlich auch den Mut haben, zu sagen, dass es dafür mehr Staat braucht. Und das höhere Steuer, jedoch sozial gerecht gestaltet, der Preis sind, den wir dafür bezahlen müssen.

Mehr Geld für Institutionen – also gutes Geld schlechtem Geld hinterherwerfen?

Gegen die Forderung, drastisch mehr Geld in die öffentlichen Institutionen zu stecken, wird sich viel polemische, aber auch berechtigte Kritik richten. Berechtigt, weil viele dieser Institutionen in einem schlechten Zustand sind. Also warum sollen schlechte Institutionen mehr Geld bekommen? Polemisch, weil die öffentlichen Institutionen seit Jahren bewusst und gezielt durch öffentliche Kampagne delegitimiert worden sind – durch neoliberale Vorhutorganisationen wie dem „Bund der deutschen Steuerzahler“, aber auch durch die Politik selbst, die oft undifferenziert über Verschwendung und überbordende Bürokratie lamentiert. Doch auch die öffentlichen Institutionen haben durch Intransparenz und Ineffizienz zu ihrem schlechten Bild in der Öffentlichkeit beigetragen.

Deshalb wird es bessere Institutionen nur geben, wenn sich das Selbstverständnis in den Institutionen ändert. Die GRÜNE JUGEND fordert hier eine neue Fehlerkultur und mehr Transparenz ein. Fehler und Missstände dürfen nicht primär als persönliches Versagen aufgefasst werden, sondern als Anlass, noch besser zu werden. Eine solche Kultur, gemeinsam mit einer regelmäßigen Evaluation von außen und einem transparenten Umgang mit den Evaluationsergebnissen, kann dazu beitragen, dass sich die Institutionen und ihre Außenwahrnehmung Schritt für Schritt verbessern werden. Gleichzeitig müssen Vorgänge und Aktivitäten in den Institutionen der Öffentlichkeit zugänglich sein – ein konsequentes Informationsfreiheitsgesetz ist dabei ein wichtiger Schritt.

Es geht aber auch ganz entscheidend um mehr lokale Autonomie für diese Institutionen. Der deutsche bürokratische Föderalismus hat gerade im Bildungsbereich verhindert, dass es zu einer lebendigen Schulkultur kommt. Im Mittelpunkt einer Reform und der Aufwertung dieser Institutionen muss deshalb auch eine Kompetenzverlagerung nach unten stehen. Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen müssen über ihr Profil und ihr Budget eigenständig verfügen dürfen. Dies erzwingt gleichzeitig aber auch eine sehr viel demokratischere Ausgestaltung des Innenlebens dieser Institutionen. Die direkt Betroffenen – die Kinder, SchülerInnen und Studierenden - müssen auch direkt und gleichberechtigt an der Lenkung der Institutionen beteiligt werden.

„Der Staat kann keine Arbeit schaffen.“ Na so ein Blödsinn!

Den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit haben alle politischen Parteien zu ihrem Topthema erklärt. Und dabei wiederholen alle stets mantraartig, der Staat könne keine Arbeitsplätze schaffen, sondern nur die Rahmenbedingungen setzen. Dabei zeigt ein kurzer internationaler Vergleich, wie absurd diese Aussage ist. So ist die öffentliche Beschäftigungsquote in den skandinavischen Ländern teilweise doppelt so hoch wie in Deutschland. Dies ist der weitere Vorteil starker öffentlicher Institutionen: Mehr Kinderbetreuung, bessere Schulen, stärkere öffentliche Forschung und neue Pflegeangebote schaffen auch neue Jobs für ErzieherInnen, LehrerInnen, PflegerInnen, SozialarbeiterInnen, BetreuerInnen bis hin zu HausmeisterInnen. Darunter werden viele qualifizierte Tätigkeiten sein, aber auch Tätigkeiten für Geringqualifizierte, beispielsweise Hilfestellungen bei der Alltagsbewältigung für alte Menschen oder bei Nachmittagsangeboten von Ganztagschulen. Der Ausbau öffentlicher Institutionen würde somit auch Arbeitslosigkeit abbauen.

Dazu wird es jedoch auch notwendig sein, den öffentlichen Dienst grundlegend zu reformieren. Im internationalen Ver-

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

gleich werden deutsche LehrerInnen sehr gut bezahlt – und arbeiten zugleich unter katastrophalen Bedingungen, wie die enorm hohen psychisch bedingten Krankheitsausfälle zeigen. Die von uns skizzierten Veränderungen an den deutschen Schulen würden den LehrerInnenberuf attraktiver und erträglicher machen und zugleich die Einstellung zahlreicher neuer LehrerInnen erfordern. Damit einhergehen muss eine Abschaffung des Beamtenstatus für LehrerInnen und die Einführung einer leistungsabhängigen Komponente innerhalb des LehrerInnengehalts. Insgesamt muss die Bezahlung im öffentlichen Dienst stärker ausdifferenziert werden – im Wettstreit mit der Privatwirtschaft um Spitzenpersonal müssen auch höhere Gehälter möglich sein, denn gute staatliche Institutionen brauchen auch gutes Personal.

Zugleich sollte die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion bei einer neuen Debatte um Arbeitszeitverkürzung einnehmen. Es ist beschäftigungspolitischer Wahnsinn und in hohem Maße ungerecht, dass auch der öffentliche Dienst den absurden Irrweg in Richtung längerer Wochenarbeitszeiten geht. Stattdessen sollte die Wochenarbeitszeit insgesamt gesenkt, ein Lohnausgleich sollte sozial gestaffelt werden: möglichst vollständiger Lohnausgleich in den niedrigsten Besoldungsstufen, kein Lohnausgleich in den höheren.

Ein neues Geschlechterverhältnis

Ein großer Erfolg des skandinavischen Sozialmodells liegt aus unserer Sicht in der höheren Geschlechtergerechtigkeit. Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt nahezu gleiche Chancen wie Männer und sie müssen nicht so stark wie in Deutschland die Doppelbelastung von Beruf und Familie tragen. Ein großer Teil dieses Erfolges liegt in den besseren öffentlichen Institutionen: sie nehmen durch umfassende Betreuungsangebote den Frauen und Familien einen Teil der Belastung ab und ermöglichen ihnen so eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Gleichzeitig stellen sie selbst auch viele Arbeitsplätze gerade auch für Frauen zur Verfügung. In diesem Modell sehen wir viele Vorteile im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern, wo viele personennahe Dienstleistungen durch prekäre, schlecht bezahlte Jobs erbracht werden (in denen wiederum häufig Frauen arbeiten müssen), aber gerade auch zum deutschen Modell, das immer noch davon ausgeht, dass Frauen diese Dienstleistungen unentgeltlich erbringen müssen. Deutschland erzielt damit dann auch eine deutlich niedrigere Frauenerwerbsquote, zudem sind viele Arbeitsplätze von Frauen Teilzeit- oder geringfügige Beschäftigungen, in denen dann auch noch ein schlechterer Lohn bezahlt wird als bei Jobs, in denen hauptsächlich Männer beschäftigt sind. Von Gleichberechtigung am Arbeitsmarkt kann also keine Rede sein. Deswegen sprechen wir uns auch aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit für einen Ausbau öffentlicher Institutionen und für mehr Beschäftigung aus. Zugleich braucht es in Deutschland einen Wandel der Rollenbilder. Eine Frau, die öffentliche Betreuungsangebote annimmt, darf nicht mehr direkt oder indirekt als „Rabemutter“ beschimpft werden. Frauen haben das gleiche Recht zu arbeiten wie Männer. Zudem müssen Männer verstärkt in die Familien- und Haushaltsarbeiten miteinbezogen werden. Hier ist die Teil-Koppelung des Elterngeldes an eine Auszeit auch des Mannes der richtige Weg.

Für ein neues Arbeitsverständnis

In der politischen Diskussion wird über die gesamte Parteienlandschaft hinweg immer wieder der Ruf nach mehr Er-

werbsarbeit laut. Doch bisher hat es keine Regierung geschafft, die Arbeitslosigkeit langfristig effektiv zu senken. Wir sind der Ansicht, dass dauerhaft Vollbeschäftigung als Ziel in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft nicht erreicht werden kann und dies auch für die Zukunft des Sozialstaates durchaus positiv zu bewerten ist. Durch die fortschreitende Technologisierung ist es den Unternehmen heute möglich, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr zu produzieren. Die Folgen sind Rationalisierung und Massenentlassungen. Trotz Wachstum und steigendem Wohlstand ist die Zahl der Arbeitslosen seit der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland deutlich gestiegen. Die Arbeitskraft des Menschen wird immer seltener gebraucht. Die Grüne Jugend will diese Entwicklung als Chance begreifen. Die Wirtschaft hat nicht nur die Aufgabe Arbeitsplätze zu schaffen, sondern soll vielmehr die Menschen von unnötiger und eintöniger Erwerbsarbeit befreien. Wir müssen endgültig von der Illusion der Vollbeschäftigung abrücken und stattdessen neue zukunftsfähige Alternativen aufzeigen. Es ist Zeit, die Verbindung zwischen Einkommen und Erwerbsarbeit kritisch zu durchleuchten. In einer Gesellschaft, in der faktisch nicht genug Arbeitsplätze für alle vorhanden sind, darf Wohlstand nicht mehr ausschließlich mit dem Zugang zur Erwerbsarbeit verbunden sein.

Für eine sozialere Gesellschaft: Das bedingungslose Grundeinkommen

Nach unserer Überzeugung hat jeder Mensch von Geburt an das Recht auf die Sicherung seiner Existenz, ein würdevolles Dasein sowie die Möglichkeit am kulturellen Leben der Gesellschaft ohne Einschränkungen oder Bedingungen teilzunehmen. Wir wollen den Menschen ein freies und selbst bestimmtes Leben ermöglichen. Dazu gehört nach Auffassung der GRÜNEN JUGEND, dass die Menschen ohne Ängste und Zwänge miteinander in einer Gemeinschaft zusammenleben können. Deswegen lehnen wir einen Arbeitszwang ab und fordern ein bedingungsloses Grundeinkommen, dessen Aspekte und vielfältige positive Auswirkungen wir im Nachfolgenden erläutern. Den Sockel dieses Grundeinkommens bilden folgende vier Eigenschaften:

1. Das Grundeinkommen steht allen BürgerInnen individuell und garantiert zu.
2. Die Höhe des Grundeinkommens muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Nach unserer Auffassung muss ein Grundeinkommen deswegen auf jeden Fall überhalb der Armutsgrenze liegen.
3. Für das Grundeinkommen gibt es keine Bedürftigkeitsprüfung.
4. Das Grundeinkommen verpflichtet weder zur Arbeit, noch zu anderen Tätigkeiten.

Menschen wollen arbeiten

Wir sind überzeugt, dass Menschen arbeiten wollen, wenn ihnen dazu die Möglichkeit gegeben wird. Durch das bedingungslose Grundeinkommen hat jede Person wieder das Recht auf eine freie Arbeitswahl. Wenn sich die Menschen ihre Erwerbsarbeit wieder frei wählen, werden sie motivierter und somit wirtschaftlicher arbeiten. Es können menschliche Potenziale erschlossen werden, welche bisher oft unterdrückt wurden. Es ist beispielsweise zu erwarten, dass ehrenamtliches Engagement wieder steigt und soziale Tätigkeiten wieder an Anreiz gewinnen. Bereits heute sind mehr als ein Drittel der BürgerInnen in Deutschland trotz längerer Arbeitszeiten und beruflichen Stress ehrenamtlich aktiv. Diese Zahl

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

dürfte deutlich steigen, wenn die Menschen mehr Zeit für soziale und kulturelle Aktivitäten hätten. Der häufig polemisch geäußerten Kritik am bedingungslosen Grundeinkommen ohne einen Arbeitszwang würde unangenehme Arbeiten nicht verrichtet werden, treten wir offensiv entgegen. Denn es gibt für diese Formen der Arbeit mehrere Möglichkeiten zur Lösung dieses Problems, wie eine weitere Automatisierung, eine höhere Entlohnung oder gesellschaftliche Rotationsmodelle.

JedeR hat ein Recht auf Einkommen

JedeR StaatsbürgerIn hat einen individuellen Rechtsanspruch auf das Grundeinkommen. Für Kinder ist eine Staffelung des Grundeinkommens vorgesehen, dessen Betrag über dem jetzigen Kindergeld liegt, ab der Geburt entsprechend den Bedürfnissen stetig steigt, und bei Vollendung des 18. Lebensjahrs den Normalsatz erreicht. Menschen ausländischer StaatsbürgerInnenschaft, die lange Zeit in Deutschland leben, erhalten ebenfalls ein garantiertes Grundeinkommen. Durch die individuelle Auszahlung des Grundeinkommens kann die Ausgrenzung der Arbeitslosen verhindert werden. Niemand muss sich mehr den oft erniedrigenden Bedürftigkeitsprüfungen unterwerfen und durch die garantierte finanziell gesicherte Existenz bleibt die Partizipation in der Gesellschaft möglich.

Mehr Macht für die ArbeitnehmerInnen

Die Position von ArbeitnehmerInnen würde durch das Grundeinkommen deutlich gestärkt werden. Künftig werden sie freiwillig und nicht aufgrund ökonomischer Zwänge eine Arbeit annehmen und ausführen. Somit müssen sich die Unternehmen bemühen, interessante und attraktive Arbeitsverhältnisse anzubieten, da ArbeitnehmerInnen eher bereit wären den Arbeitsplatz zu wechseln. Folglich wird die Entfremdung und Sinnlosigkeit der Erwerbsarbeit abnehmen, während erfüllende und sinnstiftende Tätigkeiten zukünftig im Mittelpunkt der Arbeit stehen werden. So wären die Arbeitenden motivierter und leistungsfähiger, was wiederum eine höhere Produktivität zu Folge hätte.

Unternehmen sollen produzieren

Eine grundlegende Paradoxie im kapitalistischen System kann durch das Grundeinkommen endlich aufgelöst werden: Die Wirtschaft kann sich wieder auf die Produktivität und die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen konzentrieren und braucht keine Rücksicht auf die Arbeitsplatzsituation zu nehmen. Jenseits öffentlicher Diffamierung und befreit von der sozialen Verantwortung Arbeit anzubieten, können Rationalisierungsmaßnahmen offensiv genutzt werden und somit Wohlfahrtsgewinne erzielt werden. Unternehmensgründungen werden erleichtert, da Selbstständige im Gegensatz zu heute ein staatlich garantiertes Existenzminimum haben und somit die Risikobereitschaft und Innovationstätigkeit gesteigert würden.

Mit dem Grundeinkommen zu mehr Arbeit

Durch das Grundeinkommen würden Pflichtversicherungszahlungen in die Sozialsysteme, wie die Beiträge zur Arbeitslosen – und Rentenversicherung, wegfallen, sodass es sich für Unternehmen durch die massive Senkung der Lohnnebenkosten wieder lohnt mehr MitarbeiterInnen einzustellen. Für Arbeitnehmende kann sich Arbeit gerade im Niedriglohnbereich wieder rechnen, da zusätzliches Erwerbseinkommen nicht auf das Grundeinkommen angerechnet wird und die Lohnnebenkosten deutlich geringer ausfallen. Somit können Unternehmen, Privatleute, sowie gemeinnützige Organisati-

onen auch vermehrt gering bezahlte Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland anbieten, anstatt diese Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, illegal durchzuführen zu lassen oder gar nicht anzubieten. Arbeitsumverteilung ist einfacher möglich, da Teilzeitarbeit, welche bisher aufgrund einer zu niedrigen Entlohnung nicht rentabel war, nun für viele Menschen eine Alternative bieten kann.

Woher kommt das Geld?

Die GRÜNE JUGEND möchte eine Vorfestlegung auf eine bestimmte Höhe des Grundeinkommens vermeiden, da wir der genauen Ausgestaltung in dem gesellschaftlichen und politischen Diskussionsprozess, den wir mit unseren Forderungen anstoßen, nicht vorweggreifen möchten. Doch klar ist für uns, dass der Betrag des bedingungslosen Grundeinkommens am Anfang über dem aktuellen Arbeitslosengeld 2 und der Armutsgrenze liegen muss, um eine gesellschaftliche Teilnahme zu ermöglichen. Bei der Frage der Finanzierung bieten sich mehrere Möglichkeiten an, die es miteinander zu kombinieren gilt. Zum Einen werden die meisten heute individuell ausgezahlten Sozialleistungen, wie Kindergeld, Arbeitslosengeld oder BAföG, bei Einführung des Grundeinkommens zu dessen Bezahlung genutzt werden können. Weiterhin wird es langfristig massive Kosteneinsparungen bei der Verwaltung der bisherigen Sozialleistungen geben, da die Zahlung des Grundeinkommens unbürokratisch ohne Bedürftigkeitsprüfung durchgeführt. Andererseits gehen wir davon aus, dass der Staat für diese gewaltige Umverteilungsmaßnahme weiteren Finanzbedarf hat, den wir durch höhere Steuern begleichen wollen. Höhere Vermögens-, Einkommens-, und Erbschaftssteuern können dies alleine nicht aufbringen, weswegen wir weiterhin auf eine Steigerung der Einnahmen aus ökologisch und sozial ausdifferenzierten Konsumsteuern setzen.

Lasst uns diskutieren

Wir möchten mit dieser Forderung die Debatte anstoßen, nach Alternativen zu der einseitigen Arbeitsmarktpolitik. Wir bedauern es, dass Bündnis 90/Die Grünen auch zur Zeit die Politik der Arbeitsplatzfixierung betreiben und hoffen auf eine breite zukünftige Diskussion in der Partei und in der Öffentlichkeit.

Dabei wollen wir uns gemeinsam mit allen progressiven Gruppen in der Gesellschaft für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens einsetzen und so gemeinsam eine freie, soziale und selbst bestimmte Zukunft gestalten.

Arbeit mit Zukunft

Zusätzlich zu dem bedingungslosen Grundeinkommen setzen wir auf eine Strategie der Arbeit mit Zukunft. Diese Strategie kombiniert den Ausbau öffentlicher Beschäftigung, neue Arbeitsplätze durch Forschung und Innovation, die Ausweitung personen- und wohnortnaher Dienstleistungen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch eine gezielte wirtschaftspolitische Strategie der ökologischen Modernisierung, mit einer auf qualitatives Wachstums ausgerichteten expansiven Nachfragepolitik. Elemente dieser Strategie sind ein Umbau der Finanzierung der Sozialsysteme weg vom Faktor Arbeit, Förderprogramme und zeitlich begrenzte Subventionen für ökologische Innovationen, die staatlich geförderte Bereitstellung von Risikokapital und ein Investitionsprogramm für nachhaltige, moderne öffentliche Infrastruktur.

Jungen Menschen den Einstieg ermöglichen

Junge Menschen haben es immer schwieriger den Einstieg in das Arbeitsleben zu finden. Dahinter stecken jedoch sehr

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

unterschiedliche Schicksale: da sind auf der einen Seite die VerliererInnen des Bildungssystems, die aufgrund mangelnder Qualifikationen keine Chance haben, eine Ausbildung oder einen Arbeitsplatz zu finden. Da sind diejenigen, die eine solide Ausbildung absolviert haben und trotzdem keinen Job finden. Und da ist die Generation Praktikum, hochqualifizierte junge Menschen, die von der Wirtschaft in Praktikumschleifen ausgebeutet werden – ohne vernünftige Bezahlung, ohne soziale Absicherung und allzu oft ohne Perspektive auf eine reguläre Beschäftigung. Es wird kein Patentrezept geben, das all diese Probleme lösen kann. Ganz sicher der falsche Weg ist der von der Großen Koalition beschrittene, die soziale Absicherung am Berufsanfang noch weiter auszuhöhlen und den Kündigungsschutz für BerufsanfängerInnen de facto abzuschaffen. Diesem Vorhaben werden wir uns entschieden entgegenzusetzen.

Zentral ist eine Verbesserung der Ausbildung junger Menschen. Dazu gehört die Verbesserung der Bildungsinstitutionen, wie wir sie beschrieben haben, dazu gehört aber auch eine Reform der Berufsausbildung. Das klassische System der dualen Berufsausbildung steckt gleich zweifach in der Krise. Weder stellt es genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung, noch erreicht es flächendeckend eine ausreichende Qualität. Die sich mehrenden Berichte über zum Teil ausbeuterische Verhältnisse in den Ausbildungsbetrieben, wie sie zum Beispiel von den Gewerkschaftsjugendlichen dokumentiert worden sind, müssen hier Anlass zum Umdenken sein. Grundsätzlich halten wir es für richtig, über eine stärkere Rolle des Staates auch in Berufsausbildung nachzudenken, ohne dabei das duale Ausbildungssystem abschaffen zu wollen. Eine Chance für ausbildungssuchende Jugendliche sehen wir des Weiteren nach wie vor in der Umsetzung einer Ausbildungsplatzumlage, die eine stärkere und gleichmäßigere Verantwortung der Wirtschaft erzwingen würde.

Beim Berufseinstieg stellen wir uns die Frage, warum junge Menschen ihre Tatendrang, ihre Kreativität und ihre Arbeit zum Teil oft kostenlos fremden Unternehmen statt der eigenen Zukunft zur Verfügung stellen sollen? Der Ausbeutung junger Menschen beim Berufseinstieg wollen wir deshalb ein neue Kultur der Selbstständigkeit entgegenstellen. Diese neue Kultur der Selbstständigkeit soll auf zwei Säulen ruhen: der Wiederbelebung des Genossenschaftsmodells als Möglichkeit zur Kooperation junger Menschen und eine spezielle Form des Sozialerbes. Junge Menschen sollen die Möglichkeit erhalten, sich gemeinsam mit anderen etwas Eigenes aufzubauen – sei es die eigene Tischlerei oder eine IT-Beratung. Dies verlangt Eigeninitiative, Engagement und Anstrengungen von den jungen Menschen – aber für die eigene Zukunft, nicht für fremden Profit. Damit ein solcher Weg aber nicht nur denen offen steht, die Vermögen von ihren wohlhabenden Eltern geerbt haben, wollen wir solchen „Jugendgenossenschaften“ Gründungskapital zur Verfügung stellen, das nicht zurückgezahlt werden muss – quasi eine Erbschaft von der Gemeinschaft. Wo diese Genossenschaften erfolgreich sind, werden ihre EigentümerInnen der Gemeinschaft später über Einkommens- und Vermögenssteuern ihr Sozialerbe zurückgeben. Damit schaffen wir Teilhabe- und Zugangsgerechtigkeit auch bei der Institution „Vermögen“.

Reform der sozialen Sicherungssysteme

Auch wenn die traditionellen sozialen Sicherungssysteme nicht im Mittelpunkt unseres erneuerten Sozialstaats stehen, spielen sie dennoch eine wichtige Rolle. Die Absicherung vor den elementaren Lebensrisiken einer modernen Gesellschaft – Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit – ist für eine Politik, die sich das Ziel gleicher Verwirklichungschancen setzt, unerlässlich. Zugleich stecken die sozialen Sicherungssysteme in einer Krise: Ihre Finanzgrundlage, das klassische abhängige Beschäftigungsverhältnis, bröckelt, und zugleich fallen immer mehr Menschen durch das grobmaschige soziale

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

Sicherungsnetz – kleine Selbstständige, die plötzlich ohne Krankenversicherungsschutz darstellen, Frauen mit gebrochenen Erwerbsbiographien, die im Alter kaum Rentenansprüche besitzen. Auf die neue Realität individueller, unsteter Lebensläufe sind die Sozialversicherungen nicht eingestellt. Eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme ist also nötig. In den Mittelpunkt unserer Vorschläge stellen wir dabei das Konzept der BürgerInnenversicherung. Unser Sozialstaat ist einer für alle – alle in Deutschland lebenden Menschen sollen Zugang zu seinen Leistungen haben.

Dies hat weitreichende Folgen insbesondere im Gesundheits- und Pflegebereich, in dem es bisher eine absurde Trennung in gesetzliche und private Kranken-, bzw. Pflegeversicherungen gibt. Diese erlaubt es denjenigen, die gesund sind und hohe Einkommen beziehen, sich der solidarischen Finanzierung der Sozialsysteme zu entziehen. Mit der Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und der Abschaffung der Möglichkeit des Herausoptierens für Selbstständige und Beamten wollen wir die Entsolidarisierung gerade der Leistungsstärksten beenden. Alle ständig in Deutschland lebenden Personen werden in die BürgerInnenversicherung und in den Solidarausgleich einbezogen.

Zugleich wollen wir die Finanzierung der sozialen Sozialversicherungen grundlegend verändern. Bisher stützt sich diese vor allem auf Abgaben auf den Faktor Arbeit. Dies ist nicht nur ökonomisch unvernünftig, es ist auch in hohem Maße ungerecht: BezieherInnen von anderen Einkommensarten tragen überhaupt nicht zur solidarischen Finanzierung bei, zugleich werden kleine und mittlere Arbeitseinkommen durch den prozentual immer gleichen Tarif der Sozialabgaben und die Beitragsbemessungsgrenze höher belastet als bei der Einkommensteuer mit ihrem progressiven Tarif. Deshalb wollen wir die Finanzierung der Sozialversicherungen stärker in Richtung eines steuerfinanzierten Systems verändern. Dazu gehört zum einen eine Einbeziehung weiterer Einkommensarten in die Finanzierung und zugleich eine schrittweise Aufgabe des starren Tarifs. Damit würde sich ein Großteil der Sozialversicherungsabgaben Schritt für Schritt in einen zweckgebunden Zuschlag zur Einkommensversicherung verändern, während nur ein kleiner Teil als klassische Abgabe verbleiben würde. Ein erster Schritt wäre dabei die Einführung einer Progressionszone in den Sozialversicherungen, finanziert aus einer Anhebung der Einkommenssteuer, wie es auch das grüne Bundestagswahlprogramm vorschlägt.

Des Weiteren muss der Haushalt der Leistungsträger für alle Versicherungspflichtigen transparent gemacht werden. So muss der Versicherte zum Beispiel Auskunft darüber erhalten, wie hoch die Gehälter von Vorständen und führender Mitarbeiter oder die Ausgaben für Büromaterialien oder Immobilien sind. Der Versicherte muss nachvollziehen können, wie hoch und wo für die Ausgaben im administrativen Bereich und zur Erbringung der eigentlichen Leistungen sind. Das Vermögen gehört allen Versicherten. Somit hat jeder Versicherte einen Anspruch darauf, über die Verwendung des Gemeinvermögens informiert zu werden. Ein transparenter Haushalt sollte ein Anreiz dazu sein, dass das Vermögen sinnvoll und effizient eingesetzt wird und dass sich alle, sowohl sie Versicherten als die Mitarbeiter der Sozialversicherungen, um die Senkung der Gesamtausgaben bemühen.

Gezeitenwende Ökologische Steuerreform

Gleichzeitig wollen wir den mit der ökologischen Finanzreform begonnen Weg einer Umschichtung der Abgabenlast

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

vom Faktor Arbeit auf den Faktor Energie fortsetzen. Die ökologische Steuerreform muss angesichts der enormen ökologischen Herausforderungen konsequent fortgesetzt werden – dies betrifft sowohl die Streichung von Ausnahmetatbestände als auch die schrittweise Erhöhung der Steuersätze. Die Einnahmen wollen wir statt eines allgemeinen Zuschusses an die Rentenversicherung zur Finanzierung der Grundrente im Rentenkorridor einsetzen, auf die alle Menschen einen individuellen Anspruch haben. Zu einer ökologischen Steuerreform gehört auch eine Reform der Grundsteuer. Da die Grundsteuer heute auf veralteten Grundstückswerten basiert, wurden im Zeitablauf der vergangenen Jahrzehnte nicht nur die Eigentümer von umfangreichem Grundvermögen entlastet, sondern auch die kommunale Finanzierung geschwächt. Eine Grundsteuerreform sollte daher drei Ziele verfolgen: den Einstieg in die verstärkte Besteuerung von Vermögen, die finanzielle Stärkung der Kommunen und die Berücksichtigung des ökologischen Werts eines Grundstücks bei der Besteuerung.

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Paradox ist die Entwicklung in der Lebenszeit der Menschen. Während die Lebenserwartung immer weiter steigt, verdichtet sich gleichzeitig die Zeit immer mehr – der Leistungsdruck in Studium oder am Arbeitsplatz steigt und mit ihm der Druck zur Konformität, zur Gestaltung eines karrieretauglichen Lebenslauf oder zur Verschleppung von Krankheiten. Die Folge sind Überforderung, Verunsicherung und eine dramatische Zunahme psychischer Erkrankungen – beim Rennen im Hamsterrad bleiben immer mehr Menschen erschöpft auf der Strecke.

Der demographische Wandel erscheint aus dieser Perspektive als Herausforderung, aber auch als Chance. Für uns ist klar, dass sich mit der Zunahme der Lebenserwartung auch der Eintritt ins Rentenalter verschieben muss und wird. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters – langfristig auch auf über 67 Jahre – halten wir für den richtigen Weg. Doch gilt es die Erhöhung des Renteneintrittsalters so zu gestalten, dass daraus nicht faktisch eine Politik der Rentenkürzung wird. Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters tragen wir deshalb nur dann mit, wenn es für alte ArbeitnehmerInnen auch Arbeitsplätze gibt und diese nicht ihre letzten Jahre vor der Verrentung in der Arbeitslosigkeit verbringen müssen.

Zugleich muss diese Entwicklung aber genutzt werden, um eine Entschleunigung, eine Entzerrung der Zeit im Erwerbsleben möglich zu machen. Wir wollen den Menschen in der Mitte ihres Lebens Zeit zurückgeben – um eine Familie zu gründen, einmal auszusteigen, Neues kennen zu lernen oder um sich weiterzubilden. Diesen Wandel muss eine neue Arbeitszeitpolitik möglich machen.

Mit dem Konzept der Lebensarbeitszeitkonten wollen wir es Menschen möglich machen, sich selbst Freiräume in ihrem Lebenslauf zu erarbeiten. Dabei dürfen diese Lebensarbeitszeitkonten nicht bei den einzelnen Unternehmen geführt werden, sondern müssen in die Arbeitslosenversicherung integriert werden, damit zum Beispiel bei einer Betriebsinsolvenz die erarbeitete Zeit nicht wieder verloren geht.

Gleichzeitig wollen wir jedoch auch im Sozialsystem eine Politik der Entschleunigung verankern. Dazu könnte ein neuer Anspruch in der Arbeitslosenversicherung begründet werden – einen Anspruch auf Auszeit. Denn bisher können sich einen Ausstieg allemal GutverdienerInnen und Vermögende leisten, nicht aber alle jene, die ihr Einkommen brauchen, um über die Runden zu kommen. Doch sollte jeder Mensch die Chance haben, in seinem Leben mehr als Erwerbsarbeit kennen zu lernen – und dass nicht erst am Ende seines Lebens. Die Arbeitslosenversicherung sollte es daher jedem ermögli-

chen, für zwei Jahre seines Lebens auszusteigen – egal zu welchem Zweck, während die Solidargemeinschaft in dieser Zeit weiter für seinen Lebensunterhalt auskommt.

Verteilungsgerechtigkeit – eine neue Debatte

Unser Leitbild möglichst gleicher Verwirklichungschancen beschränkt sich nicht auf Verteilungsgerechtigkeit – aber es spart diese auch nicht aus. Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland können wir in zweierlei Hinsicht nicht hinnehmen: Zum einen weil Menschen, die in materieller Armut leben, ganz handfest in ihren Verwirklichungschancen beschnitten werden, zum anderen, weil der enorme Anstieg privater Vermögen bei gleichzeitiger Zunahme der öffentlichen Verschuldung deutlich macht, dass sich immer mehr Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen um ihre Verantwortung für das Gemeinwesen herumdrücken – teils illegal durch Steuerbetrug- und hinterziehung, teils mit dem Segen der Politik durch immer niedrigere Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen.

Den Sozialstaat sehen wir hier in der Pflicht, dieser Entwicklung zumindest Grenzen zu setzen. Dazu gehört, dass jedem Mensch eine soziale Grundsicherung zusteht, um ohne Armut leben zu können. Das Arbeitslosengeld II reicht dazu nicht aus. In eine Überprüfung der Höhe müssten wie angedeutet staatliche Dienstleistungen miteinbezogen werden, aber dies ändert nichts an der grundsätzlichen Situation, dass das Arbeitslosengeld II aufgestockt werden muss. Desweiteren ist eine Individualisierung des Anspruchs dringend nötig. Wir wenden uns gegen die wertkonservative Vorstellung, dass die Familie sozusagen als kleinste soziale Zelle für den Lebensunterhalt aufkommen muss. Stattdessen sehen wir gerade in einem individuellen Anspruch die Chance für junge Menschen und Frauen zur Emanzipation aus veralteten Gesellschaftsrollen.

Wir sprechen uns für ein bedingungsloses, garantiertes Grundeinkommen als grundlegende Alternative zur gegenwärtigen Politik einer forcierten Druckausübung auf Arbeitslose trotz des Mangels an Arbeitsplätzen, für welche die sogenannten Hartz-IV-Gesetze zum Inbegriff geworden sind. Scharf wenden wir uns gegen die perversen Zumutbarkeitsbedingungen des ALG II. Die herrschende Vorverurteilung, dass gerade die Schwächsten unserer Gesellschaft die geltenden Gesetze besonders umgehen sind absurd. Selbst die bisher unbewiesenen Schätzungen der Bundesregierung sind ein Bruchteil des (auch geschätzten) Steuerbetruges. Daher lehnen wir diese unsinnige Debatte ab. Vielmehr müssen wir eine Debatte führen, wie wir zu mehr Steuerehrlichkeit und damit Einnahmen kommen.

Zugleich ist die Frage des Zugangs zu Vermögen eine, die weit mehr berührt als nur die Frage der materiellen Ausstattung. Vermögen, insbesondere in Form von Aktien führt zu höheren Möglichkeiten der ökonomischen und gesellschaftlichen Einflussnahme und ist gleichzeitig Ausgangsbedingung für ökonomische Selbstständigkeit. Hier bedarf es einer Neubegründung der Debatte um Verteilungsgerechtigkeit. Wir unterstützen dabei den Vorschlag zu einer stärkeren Teilhabe der ArbeitnehmerInnen am Produktivvermögen. Hier könnte aus unserer Sicht der bereits erfolgte Einstieg in die private Altersabsicherung progressiv genutzt werden. Statt in Form kleiner, zersplitterter Finanzinstrumente wie der Riesterreife sollte diese eher in Form einer Beteiligung am Betriebsvermögen stattfinden. Dies müsste betriebsübergreifend z.B. als Arbeitnehmerfonds ausgestaltet werden, damit eine einzelne Insolvenz nicht die Altersreserven der ArbeitnehmerInnen zerstört. Gleichzeitig sollten die ArbeitnehmerInnen die Fondsgelder nach dem Motto „local money for lo-

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

cal jobs“ (Richard Freeman, Harvardökonom) nutzen, also nicht einseitig auf möglichst hohe Renditen ausrichten, sondern mit ihrem hinzugewonnenen ökonomischen Einfluss zur Zählung des Fondkapitalismus beitragen.

Ein neuer Finanzmix

Viele der Vorschläge, die wir auf den vorangegangenen Seiten gemacht haben, kosten Geld, einige kosten sogar viel Geld. Verantwortliche linke Politik muss sagen, woher dieses Geld kommen könnte. Dies gilt umso mehr, wenn mensch sich die katastrophale Lage der öffentlichen Haushalte vergegenwärtigt. Die Überschuldung von Kommunen, Ländern und des Bundes ist eine der großen Herausforderungen, vor denen moderne, linke Politik steht – denn sie bedroht die Handlungsfähigkeit des Staates und sie ist selbst ein Verstoß gegen die soziale Gerechtigkeit, denn von den Zinszahlungen des Staates profitieren die, die dem Staat Geld leihen – also die Vermögenden. Doch eine Haushaltskonsolidierung, die einseitig auf Sparen setzt, könnte die Zukunft gleich doppelt verspielen: sie verhindert dringend nötige Zukunftsausgaben – für bessere Schulen oder eine nachhaltige Infrastruktur – und sie kann eine ganze Volkswirtschaft destabilisieren, wodurch die Steuereinnahmen zurückgehen und schließlich sowohl die Wirtschaft als auch die öffentlichen Haushalte daniederliegen. Mit blindem Sparen ist niemanden gedient, am wenigstens der Generationengerechtigkeit. Eine kluge Politik der Haushaltskonsolidierung setzt deshalb auf eine Mischung aus Sparen, Umschichten und Einnahmeerhöhungen, vor allem aber macht sie sich selbst nicht zum Dogma, sondern nimmt Rücksicht auf die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse. Sie gesteht zu, dass es Situationen geben kann, in denen trotz hoher öffentlicher Verschuldung weitere staatliche Schulden gerechtfertigt sein können, damit die Binnenkonjunktur wieder in Fahrt kommen kann. Einen solchen Weg haben auch die meisten jener Länder beschritten, denen in den letzten Jahren eine Haushaltskonsolidierung gelungen ist.

Unseren Umbau des Sozialstaats wollen wir mit so verstandenen Haushaltskonsolidierung verknüpfen. Auch wenn es dem Mainstream der Debatte nach wie vor widerspricht: Entscheidend für das Gelingen einer solchen Strategie ist es, die Einnahmeseite des Staates zu konsolidieren. Die Steuersenkungsorgien der letzten Jahrzehnte, die leider auch von Rot-Grün fortgesetzt wurden, haben die Steuerquote weit unter ein nachhaltiges Maß gesenkt, wenn mensch als Ziel nicht den schwachen angelsächsischen Staat, sondern einen starken Sozialstaat hat, der gleiche Verwirklichungschancen ermöglicht.

Wer dieses Ziel hat, der sollte sich hüten, die Umschichtung von Ausgaben, die Streichung von Subventionen und Ausnahmetatbestände, einen konsequenteren Steuereinzug und die Erhöhung von Steuersätzen gegeneinander auszuspielen. Stattdessen wird es aller vier Säulen einer nachhaltigen Finanzpolitik bedürfen, um die Mammutaufgabe der Transformation des deutschen Sozialstaats zu bewältigen.

Bei der Umschichtung geht es zum einem um den schon beschriebenen Wechsel von individuellen zu institutionellen Transfers. Hier setzen wir uns insbesondere für das Abschmelzen von Kindergeld, EhegattInnensplitting und Steuerausnahmetatbeständen zur Finanzierung einer qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur aus. Große Chancen bietet hier auch ein Zusammendenken von ökologischer und sozialer Frage. Die vielen Milliarden, die immer noch in ökologisch schädliche Subventionen gehen – von der Kohlesubvention bis zur Steuerfreistellung der Rückstellungen der

Atomindustrie – wären im Bildungssystem sehr viel besser angelegt.

Zugleich gilt es, die bestehenden Steuern die Bemessungsgrundlage und den Steuereinzug gerechter zu gestalten. In kaum einem Land klaffen die nominalen Steuersätze und die tatsächlich bezahlten Steuern soweit auseinander, wie in Deutschland. Diese Kluft zu schließen ist ein Beitrag sowohl für mehr Effizienz als auch für mehr Gerechtigkeit im Steuersystemen. Entscheidend ist eine Reform des komplizierten Einkommenssteuerrecht, das mit seinen vielen Ausnahmeregelungen gerade GutverdienerInnen Steuerschlupflöcher, die sich eine Steuerberatung leisten können, eröffnet. Hier könnten mit einer Vereinfachung, wie sie zum Beispiel attac und die Gewerkschaften mit der solidarischen Einfachsteuer gemacht haben, mehr Gerechtigkeit und mehr Steuereinnahmen zugleich erzielt werden. Zugleich muss die Politik mehr für einen konsequenten Steuereinzug und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung tun. Hier wird die Gemeinschaft Jahr für Jahr um zweistellige Milliarden-Beträge betrogen. Schritte in diese Richtung müssen die Abschaffung der föderalen Steuerverwaltung sein, die Anreize dazu setzt, nicht so genau hinzuschauen, vor allem aber ein entschiedenes Vorgehen auf internationaler Ebene gegen Steueroasen sein.

Wer aber für einen modernen Sozialstaat streiten will, der wird um ein hartes Konfliktthema nicht umhinkommen: Steuererhöhungen. Denn alle Propagandafeldzüge der Neoliberalen ändern nichts daran, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Steuerbelastung hat – die angesichts des Finanzbedarfs für Zukunftsinvestitionen oder den Ausbau öffentlicher Institutionen nicht haltbar ist. Auch wenn eine Politik der Steuererhöhung auf den ersten Blick unpopulär ist, sind wir uns sicher, dass eine solche Politik auf Zustimmung stoßen würde, wenn die Steuererhöhungen sozial gerecht ausgestaltet wären und wenn klar wird, dass das zusätzliche Geld nicht in Haushaltslöchern, sondern bei der Schule um die Ecke oder dem Kindergarten im nächsten Dorf ankommen würde. Es geht dabei auch um ein neues Verhältnis von Steuern und Abgaben. Die hohen Sozialabgaben in Deutschland sind ökonomisch dumm, da sie einseitig den Faktor Arbeit verteuern und damit allokatonsverzerrend sind, aber sie sind auch ungerecht, da sie die Finanzierung der Sozialsysteme allein den Schultern der Arbeitenden aufbürden. Auch deshalb müssen die Steuern in Deutschland steigen. Insgesamt gehen wir jedoch davon aus, dass ermutigende Sozialstaat, der Sozialstaat gleicher Verwirklichungschancen insgesamt mehr Geld benötigen wird, als der alte deutsche Sozialstaat. Die Staatsquote insgesamt wird also eher steigen müssen als fallen.

Dabei treten wir für einen klugen Mix aus Steuererhöhungen ein, um diese sozial gerecht und ökonomisch sinnvoll zu gestalten. Dabei geht es uns vor allem um eine deutliche Anhebung der Einkommen- und Vermögensteuer – wir glauben nicht, dass in Zeiten der Globalisierung Steuermehreinnahmen in nennenswertem Maße über höhere Unternehmenssteuern erzielt werden können. Ebenso wenig glauben wir jedoch, dass weitere Steuersenkungen für Unternehmen irgend etwas außer weiteren Haushaltslöchern bewirken werden. Schon die drastischen Steuersenkungen von Rot-Grün in diesem Bereich haben dringend benötigte Steuermittel verschenkt und sind letztlich völlig wirkungslos gewesen. Notwendig ist insbesondere bei den Unternehmenssteuern eine EU-weite Harmonisierung, um Steuerdumping endlich zu beenden. Wer sich am skandinavischen Modell eines Sozialstaats mit umfassenden sozialen Dienstleistungen orientieren will und den Systemwechsel weg von der einseitigen Belastung der Arbeitseinkommen bewältigen will, der wird dies jedoch nicht alleine über Einkommens- und Vermögenssteuern finanzieren können. Notwendig wird auf diesem Weg auch eine stärkere Belastung durch indirekte und Verbrauchssteuern sein, insbesondere dort, wo mit solchen Steuern eine ökologische Lenkungswirkung erzielt werden kann.

Beschluss "Der ermutigende Sozialstaat"

Klar ist für uns, dass in Deutschlands starke Schultern wieder mehr zur solidarischen Finanzierung beitragen müssen. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes durch Rot-Grün war ein klarer Fehler, den es zu korrigieren gilt. Dabei muss aber Sorge dafür getragen werden, dass mittelständische UnternehmerInnen nicht wieder übermäßig belastet werden. Den Weg in Richtung einer dualen Einkommenssteuer, wie sie der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat, lehnen wir dabei entschieden ab, da er unübersehbare Risiken von weiteren Steuerausfällen in sich birgt. Entweder es findet sich also eine andere Lösung als die duale Einkommenssteuer des Sachverständigenrates um die Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen zu trennen, oder mensch müsst über eine differenzierte Besteuerung von einbehaltenen und ausgeschütteten Gewinnen in mittelständischen Unternehmen nachgedacht werden.

Zugleich müssen Vermögen in Deutschland wieder stärker besteuert werden – hier ist Deutschland mit seiner nahezu nicht vorhandenen Vermögensbesteuerung nicht Opfer, sonder selbst Täter in einem ruinösen Steuersenkungswettbewerb. Eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer, vor allem aber eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer verbunden mit einem früheren Einsetzen der höheren Steuertarife sind hier dringend erforderlich.

Bei den indirekten Steuern wollen wir insbesondere die Potentiale der ökologischen Steuer- und Finanzreform sehr viel stärker nutzen als bisher. Doch auch eine Anhebung der Mehrwertsteuer scheint uns sinnvoll, um den Ausbau des ermutigenden Sozialstaats zu finanzieren. Diese gilt es aber sozial gerecht und vor allem ökonomisch vernünftig auszugestalten – die Mehreinnahmen müssen komplett in den Ausbau des Sozialstaats gesteckt werden, zugleich gilt es bei den Steuererhöhungen Rücksicht auf die jeweilige konjunkturelle Lage zu nehmen. Wenn die Große Koalition mitten in einem zarten Wirtschaftsaufschwung die Mehrwertsteuer erhöht, hat das nicht mit nachhaltiger Finanzpolitik zu tun, aber viel mit ökonomischer Dummheit. An eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ist also nur zudenken, wenn es die Binnennachfrage erlaubt.

Der Sozialstaat in Europa

Der Sozialstaat hat nur als europäisches Projekt eine Chance, nicht aber als rein nationales Projekt in einem wirtschaftlich und gesellschaftlich zusammenwachsenden Europa. Darin liegt auch eine der wesentlichen Schwierigkeiten für die deutsche Debatte, da Deutschland anders als viele skandinavischen Länder stärker in die europäische Integration eingebunden ist. Wir begrüßen dies – uns erschrecken die populistischen Töne von rechts und links, die polnische ArbeiterInnen als Bedrohung für die deutschen ArbeitnehmerInnen darstellen und eine Abschottung fordern. Die europäische Integration ist für uns auch und gerade ein Projekt für mehr Gerechtigkeit innerhalb Europas und somit eines, das den osteuropäischen Ländern den Anschluss an den Wohlstand des alten Europas erlaubt. Um diesen Prozess zu gestalten, braucht es aber einer sozialen und ökologischen Neubegründung der Europäischen Union. Wer sich hier nur auf den Marktmechanismus verlässt, der wird statt mehr Gerechtigkeit neue Spaltungen erleben – und die Abwendung der Menschen vom europäischen Projekt.

Nötig ist deshalb eine Debatte über den europäischen Sozialstaat. Die europäische Integration ist die Chance, in einem der größten Wirtschaftsräume der Welt das Modell einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft zu verwirklichen. Dazu braucht es mehr als Sonntagsreden. Es braucht ganz konkrete Maßnahmen für eine Harmonisierung der Sozial- und Steuerpolitiken, wie zum Beispiel Mindeststeuersätze oder sozialstaatliche Mindeststandards.

Für eine demokratische, soziale und ökologische Weltordnung!

14.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Bundeskongress in Jena für Protestvorbereitung zum G8-Gipfel 2007 in Rostock.

2007 wird in Heiligendamm bei Rostock unter deutscher Präsidentschaft der Gipfel der G8 (der acht führenden Industrieländer: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA) stattfinden. Mit einem Schlag wird dies die internationale Politik ins Zentrum der öffentlichen Debatte rücken.

Damit ist die große Chance verbunden auf die globalen Missstände - die globale Energiekrise und die fortschreitende Klimakatastrophe, die ungleiche Reichtumsverteilung, den Ressourcen hunger der Industrie- und Schwellenländer, die Verschuldung vieler armer Länder und die ungerechten Strukturen im Welthandelssystem - aufmerksam zu machen und eine konsequente Lösung dieser Probleme einzufordern. Die Chancen dafür stehen gut: denn der G8-Gipfel wird Anlass für eine der größten und breitesten Mobilisierungen der kritischen Zivilgesellschaft in den letzten 10 Jahren sein - von der Umweltbewegung, über verschiedene Entwicklungs-NGOs, Teile der Gewerkschaften, attac bis hin zu unabhängigen linken Gruppen. Auch wir als GRÜNE JUGEND rufen zu Protesten gegen den G8-Gipfel auf und werden uns an diesen beteiligen. Wir wollen damit zweierlei zum Ausdruck bringen:

1. Die Illegitimität der G8

Obwohl die G8 keine offizielle Institution sind, ist sie doch eines der mächtigsten Gremien weltweit. Denn die Beratungen und Entscheidungen, die bei der G8 hinter verschlossener Tür getroffen werden, legen die Agenda für die anderen internationalen Institutionen fest. Dabei ist die G8 in keiner Weise demokratisch legitimiert, sondern sie ist ein exklusiver Club der Mächtigen, ein Treffen der Länder, die den Großteil des weltweiten Reichtums, die größten Finanzzentren und die meisten MilliardärInnen auf sich vereinigen. Wie kaum eine andere internationale Institution symbolisiert der G8-Gipfel damit die bestehende ökonomische und politische Ordnung der Welt: noch immer herrscht vielfach die Macht der Starken statt das Prinzip der gleichberechtigten Teilhabe. Mit unserem Protest wollen wir deutlich machen: Für uns ist es unakzeptabel, dass einige wenige mächtige Länder über die Geschicke der Welt entscheiden! Wir wollen eine faire, demokratische Weltordnung - mit einer starken Vereinten Nation im Mittelpunkt, in der alle Länder gehört werden und eine Stimme haben.

2. Unsere Forderungen nach einer demokratischen, sozialen und ökologischen Weltordnung!

Auch wenn wir es kritisieren: derzeit vereinen die Staats- und RegierungschefInnen, die beim G8-Gipfel zusammen kommen, doch einen Großteil der politischen Macht auf sich. Zugleich stehen sie an der Spitze der Staaten, die noch immer für 70% des weltweiten Ressourcenverbrauches und einen Großteil der globalen Umweltzerstörung verantwortlich sind. Damit kommt ihnen auch eine besondere Verantwortung für die bestehenden globalen Missstände zu - und an diese Verantwortung wollen wir sie erinnern. Dazu wollen wir unsere Forderungen nach und Argumente für eine demokratische, soziale und ökologische Weltordnung in die Öffentlichkeit, die rund um den G8 Gipfel entstehen wird, tragen und für diese Unterstützung erarbeiten. Schwerpunkte sollten dabei die drohende Klimakatastrophe und die globale Abhängigkeit vom Öl, sowie der ungerechte Welthandel sein.

Der Protest gegen die G8 wird vielfältig sein. Es wird Gegenkongresse geben, Aktionen, Massendemonstrationen, Culturevents, aber auch Blockaden und Aktionen zivilen Ungehorsams. Damit wir uns effizient an diesem Protest beteiligen können, ist ein ausführlicher Vorbereitungsprozess nötig: wir müssen uns in die verschiedenen Bündnisse und Vorbereitungsgruppen einbringen, unsere inhaltlichen Positionen weiter ausarbeiten und zuspitzen, Material erstellen und auch Bildungsarbeit innerhalb unseres Verbandes leisten. Zugleich müssen wir lokal beginnen die Menschen auf den G8-Gipfel im nächsten Jahr aufmerksam zu machen und möglichst viele zu den Protesten zu mobilisieren.

Aus diesem Grund wird die Vorbereitung des G8-Protestes zum Schwerpunktthema für das nächste Jahr. Wir bitten alle Landesverbände, Ortsgruppen und themenrelevanten Arbeitsgruppen bei den Vorbereitungen zu helfen und eigene Aktivitäten zu planen. Auf Bundesebene wird ein zehnköpfiges Projektteam die Vorbereitungen koordinieren, das auf dem nächsten Bundesausschuss gewählt wird. Das Projektteam soll gemeinsam mit dem Bundesvorstand Vorschläge zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung der GRÜNEN JUGEND Aktivitäten zum G8-Gipfel vorbereiten, den Verband informieren, Material erstellen sowie Vorschläge für die Landesverbände und Ortsgruppen für eigene Aktivitäten erstellen, zudem soll es eine enge Kooperation mit der FYEG pflegen. Der Bundesvorstand wird beauftragt finanzielle Mittel für diese Arbeit aus dem Aktionshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Stadt der Zukunft

14.05.2006: Beschluss der Mitgliederversammlung auf dem 26. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND in Jena.

Präambel

Die Stadt ist seit jeher der Ort, von dem im hohen Maße gesellschaftlicher Fortschritt ausgeht. In der Stadt treffen Menschen unterschiedlichster Herkunft und Lebensentwürfe aufeinander. Die GRÜNE JUGEND steht zur Stadt und ihrer Vielfalt; darum will sie die Städte stärken. Für die GRÜNE JUGEND ist wichtig, dass in den Städten Lebensqualität für alle Menschen erhalten bleibt oder geschaffen wird – in den Städten sollen sich alle Zuhause fühlen können. Die kommunale Selbstverwaltung, wie sie in Art. 28 Abs. 2 GG und in den meisten Landesverfassungen durch die kommunale Selbstverwaltungsgarantie geschützt ist, ist dafür besonders wichtig. Die Städte erfüllen bereits heute einen umfangreichen Anteil der staatlichen Aufgaben. Hierfür sind sie nur höchst unzureichend finanziell ausgestattet. Bevor auf Bundes- und Landesebene neue Gesetze erdacht werden, die den Kommunen - zwar gesellschaftlich notwendige, aber teure - neue Aufgaben zuweisen, muss die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips endlich vom Postulat der Sonntagsreden zum Primat der Politik werden. Es darf keine Aufgabenzuweisungen ohne finanziellen Ausgleich mehr geben. Die Kommunen brauchen wieder neuen finanziellen Spielraum; anders wird es in Deutschland auch nicht wieder zu höheren Investitionsquoten seitens der öffentlichen Hand kommen können. Große gesellschaftliche Herausforderungen wie Integration, Antworten auf die demografische Veränderung, die Aufrechterhaltung sozialen Zusammenhalts, werden vor allen Dingen auch vor Ort zu bewältigen sein. Deshalb muss die kommunale Ebene finanziell gestärkt werden. Die praktischen Erfahrungen im Umgang mit gesellschaftlichen Problemen werden in erster Linie vor Ort gemacht – deswegen ist es sinnvoll, den kommunalen Spitzenverbänden mehr Mitsprache und Einflussrechte im Gesetzgebungsverfahren auf Bundes- und Landesebene zuzuerkennen.

Stadtentwicklung: In Netzwerken denken!

Unser Leitbild für eine ökologische und soziale Stadtentwicklung ist eine integrierte Stadtplanung, welche die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zusammenführt und das Handeln in einzelnen kommunalen Politikfeldern koordiniert. Zudem muss die interkommunale Kooperation intensiviert werden, damit gesunde Konkurrenz zwischen Städten nicht zu Fehlentwicklungen führt.

Flächennutzung und Ökologie

Im Bereich der Flächenversiegelung durch Verkehr, Bebauung etc. setzen wir auf Effizienz. Das bedeutet: Es dürfen nur so viele Flächen versiegelt werden, wie es für die lebendige Stadtentwicklung notwendig ist. Hier sind auch Bund und Länder gefragt: Sie müssen die Rahmenbedingungen für eine solche Entwicklung schaffen. Dazu gehören im finanzpolitischen Bereich vor allem auch die Abschaffung der Eigenheimzulage sowie die Abschaffung der Entfernungspauschale. Die Grundsteuer soll in eine Flächenverbrauchssteuer umgewandelt werden, die Mittel aus der Entfernungspauschale sollen in den Pendler-ÖPNV fließen. Nicht mehr genutzte Flächen sollen entsiegelt und renaturiert werden. Aber auch die Kommunen müssen Verantwortung übernehmen und durch konzeptionelles Handeln im Bereich der Bauleitplanung die Rahmenbedingungen sinnvoll setzen: Im Bebauungsbereich beispielsweise kann es sinnvoll sein, verstärkt Mischgebiete auszuweisen, um Funktionen räumlich zu verknüpfen. So können bestehende Flächen genutzt und ihre Nutzung optimiert werden – ein Beispiel hierfür ist das Brachflächenrecycling. Grundsätzlich muss gelten: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Ziel ist eine lebendige Stadt der kurzen Wege mit genügend Freiflächen für die Natur und Erholung. Durch Gesamtkonzepte müssen die Freiflächen und ihre Lage so koordiniert werden, dass die Qualität dieser Naturräume optimiert wird. Beispielsweise können „Brücken“ den ökologischen Austausch zwischen Räumen fördern und Gebiete für Erholung und Freizeitnutzung attraktiver machen.

Für lebenswerte, grüne Städte!

Ökologie muss aber auch in die intensiv genutzten Gebiete vordringen! Jede Pflanze, jeder Baum, jede Blume trägt zu einer lebenswerten Stadt bei. Bäume fördern – wie auch eine intelligente Freiflächenplanung - ein lebenswertes Mikro-

klima. Deswegen fordern wir: Mehr Grün in die Städte! Flächenversiegelung eindämmen und wo möglich rückgängig machen! Vor allem der Baumbestand in den Städten muss insgesamt erweitert werden: Wichtig dabei ist, dass in allen Stadtteilen ausreichend viele Bäume vorhanden sind. Für ein effektives Grün-Management in den Städten sind Öko-Ausgleichs-Konten besonders geeignet. Mit Öko-Ausgleichs-Konten können ökologische Ausgleichsmaßnahmen besser koordiniert, und, finanziert werden, außerdem gelingt es mit diesem Mittel, die Qualität des Stadtgrüns insgesamt zu steigern. Hierzu sind in vielen Städten striktere Baumsatzungen nötig, die das Fällen von Bäumen erschweren. Private Haushalte, Gewerbetreibende und kommunale Verantwortliche müssen zudem Verantwortung für Luftreinhaltung und Klimaschutz übernehmen! Bei erhöhter Feinstaubbelastung müssen konsequent Maßnahmen ergriffen werden, z.B. Straßensperrungen.

Grüne Energie – Kommunal!

Klimaschutz in der Kommune kann auch durch Förderung ökologischen Bauens und Sanierens (z.B. Haus- und Dachbegrünungen und durch Solartechnik) realisiert werden. Die Nutzung erneuerbarer Energie, Energieeinsparung sowie mehr Energieeffizienz sind zentrale Elemente grüner Politik - auch auf kommunaler Ebene! Wir fordern eine konsequente und nachhaltige Nutzung alternativer Energieträger wie Biomasse aus der Landwirtschaft, sowie Holz. Die Nutzung lokal und regional vorhandener Energieträger schafft zusätzliche Arbeitsplätze, hält die Kaufkraft in der Region und ermöglicht den BürgerInnen selbst den Wechsel von Öl und Gas. Im Bereich der Geothermie und Solarthermie gibt es noch große Potenziale für eine saubere Form der Energiegewinnung. Bei der Bewirtschaftung der städtischer Immobilien muss mehr als bisher auf Ökonomie und Ökologie geachtet werden. Die Gebäude müssen energetisch auf dem neusten Stand gehalten werden, um unnötige Ausgaben für Strom, Wasser und Heizenergie einzusparen. Auf steigende Energiepreise kann es nur diese Antwort geben. Mit Hilfe der Verwaltung, sowie externer Fachleute, gilt es alle Verbräuche zu analysieren und effizient zu beseitigen. Eine Möglichkeit ist die Teilnahme am Ökoprotit-Programm. Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen - die sich innerhalb weniger Jahre amortisieren - sind auch und gerade in Zeiten leerer Kassen zu tätigen. Die Beratungsangebote für BürgerInnen im Bereich Energie sind auszubauen. Bei der Planung und Erschließung neuer Wohn- und Gewerbegebiete soll der Bau von mit nachwachsenden und einheimischen Rohstoffen betriebenen Blockheizkraftwerken unter Vorraussetzung einer ausreichenden Effizienz geprüft und die Bauherren beim Thema Energie beraten werden. Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Hausdächern zur eigenen Warmwassergewinnung und zur Energieversorgung sowie zur Einspeisung ins öffentliche Energienetz bei Überproduktion sind weiterhin stark zu fördern. Städte und Gemeinden sollten die Dachflächen öffentlicher Gebäude gezielt für die Installation von Photovoltaikanlagen zur Verfügung stellen. Der EU-weit vorgeschriebene Energiepass ist ein richtiges Instrument, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu untersuchen. Wir fordern eine Weiterführung dieser Politik. Bei kommenden Wohngebieten soll die Nutzung von Solarthermie angestrebt werden.

Ökologische Stadtplanung: BürgerInnen einbeziehen

Im Bereich aller Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Verkehrswegeplanung, Mobilfunk) müssen Kommunen zum einen ökologische Belange in den Focus ihres Handelns stellen, außerdem vor allem auch die Interessen der BürgerInnen ernst nehmen und mit der gebotenen Sensibilität vorgehen. Dies gilt auch im Hinblick auf Lärmbelästigung, vor allem für den Fluglärm, der reduziert werden muss. In jeder Stadt sollte es deswegen einen Lärmschutzbeauftragten geben. Einflugschneisen sollen derart verlaufen, dass die kleinstmögliche Zahl von Menschen belastet wird.

Verkehr in der Stadt

Verkehr ist für Städte immer eine Herausforderung. Doch vor allem in ökologischer und sozialer Hinsicht gibt es in vielen Städten verkehrsplanerische Schiefen: So sehen wir die grundsätzliche Notwendigkeit, den Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) an der Verkehrsabwicklung zu reduzieren. Die Städte sollen – gerade im City-Bereich – mehr Fußgängerzonen, Spielstraßen und verkehrsberuhigte Straßen schaffen. Mittelfristig fordern wir autofreie Innenstädte. Bei der Definition, was in den Gemeinden als "Innenstadt" gilt, sollen die BürgerInnen direkt beteiligt werden. Für die übrige Stadt soll - bis auf Bundesstraßen und Autobahnen - stadtweit "Tempo 30" gelten. Kostenlose Parkplätze in Städten sollen abgeschafft und der Parkraum muss reduziert werden. Durchgangsverkehr soll möglichst um Innenstadt- und Teilzentrenbereiche herumgeführt werden unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte beim Bau von Umgehungsstrassen. Dazu können auch Verkehrstelematiksysteme beitragen, welche den Automobilverkehr lenken und für besseren Verkehrsfluss sorgen. Jedoch ist Mobilität in Städten notwendig, so dass oben genannte Maßnahmen nur mit gleichzeitiger Schaffung von Alternativen Sinn machen. Dazu gehört der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), der

Beschluss "Stadt der Zukunft"

ausgebaut werden soll. Insbesondere in der Nacht fordert die GRÜNE JUGEND ein durchgängiges ÖPNV-Angebot.

Es ist wichtig, der maximalen Anzahl an Menschen den ÖPNV attraktiver als das Auto zu machen. Am besten ist dies mit einer kompletten Kostenbefreiung im ÖPNV für die Fahrgäste zu erreichen. Dieses Ziel kann jedoch nur mit zusätzlich zugewiesenen Finanzen des Bundes oder der Länder erreicht werden. Grundsätzlich gilt auch für ÖPNV-Investitionen – vor allem beim Schienenverkehr – auch eine strikte Orientierung an Kosten-Nutzen-Rechnungen. Viele kleine Maßnahmen können oftmals mehr bewirken als teure Prestigeprojekte. Auch die BetreiberInnen der Eisenbahnstrecken sollen sich ihrer Verantwortung für den kommunalen Nahverkehr stellen und intensiv mit den Kommunen zusammenarbeiten, beispielsweise bei der Realisierung zusätzlicher Haltepunkte von Regionalbahnen. Aber vor allem müssen Fahrrad- und Fußverkehr gefördert werden, sie müssen bevorzugt gegenüber dem Auto behandelt werden – aber auch gegenüber dem ÖPNV. FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen benötigen genügend Platz auf den Verkehrsflächen. Fußgängerzonen sollen ausgebaut werden. Im Bereich des Radverkehrs braucht es auch innovative Modelle, die die Nutzung des Fahrrads erleichtern (z.B. Fahrradpools) und genügend sichere Stellplätze. Wir fordern Angebote wie "Call-a-Bike" der Deutsche Bahn auf alle Städte auszudehnen.

Alle Verkehrsträger sollen durch integrierte Verkehrsplanung vernetzt werden und ihre jeweiligen Stärken ausspielen können. Auch im Bauplanungsbereich können Maßnahmen zur umweltfreundlichen Gestaltung des Verkehrs umgesetzt werden, z.B. autofreie Wohnprojekte. Aber auch die übergeordneten Ebenen sind hier in der Verantwortung, denn auch eine Aufweichung des Stellplatz-Zwangs ist notwendig.

Stadt als Wirtschaftsraum

Städte sind seit jeher Zentren wirtschaftlicher Entwicklung; eine funktionierende Wirtschaftsstruktur ist Grundbedingung für eine lebendige Stadt mit hoher Lebensqualität. Jede Stadt ist in ihrer ökonomischen Gestalt verschieden, allerdings muss grundsätzlich Wirtschaft ihren Platz in einer Stadt haben. Kommunen müssen durch ihre Planung dafür sorgen, dass die daraus eventuell resultierenden Konflikte gelöst oder zumindest reduziert werden. Kommunale Wirtschaftspolitik muss aktiv stattfinden. Dazu gehört vor allem unbürokratisches und flexibles Verwaltungshandeln sowie die Betreuung der lokalen Wirtschaft, vor allem des Mittelstandes und der Kleinunternehmer. Dem lokalen Einzelhandel sind Rahmenbedingungen zu setzen, die zu einer dezentralen und städtebaulich integrierten Struktur vor allem im Bereich der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs führen. Dies gilt jedoch auch für Fachgeschäfte, wie beispielsweise Baumärkte. Super- und Fachmärkte „auf der grünen Wiese“ sind ökologisch problematisch und schaden zudem oftmals den Innenstädten sowie den Stadtteilzentren.

Kommunale Demokratie

Gelebte Demokratie vor Ort ist für die GRÜNE JUGEND eng mit dem Selbstverständnis der Städte verbunden. Wir wollen „das Bürgerschaftliche“ in der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung stärken. Unser Leitsatz lautet: Die BürgerInnen verwalten ihre Städte und Gemeinden selbst. BürgermeisterInnen, Kommunalverwaltungen und Räte sollen nah an den BürgerInnen und mit den BürgerInnen entscheiden. Jede Frage kommunaler Politik soll von den BürgerInnen mitdiskutiert werden können. Die Räte sollen sich als offene Gremien verstehen und die BürgerInnen zur Mitarbeit einladen. Bei komplexen Zusammenhängen, wie der Verabschiedung des städtischen Haushalts, sollen ortsnah in den Quartieren Informationsveranstaltungen angeboten werden, die das zur Teilnahme am kommunalen Diskussionsprozess notwendige Wissen vermitteln. Gleichzeitig kann gesetzlich einiges unternommen werden um die kommunale, direkte Demokratie zu stärken: Abstimmungen unter allen Bürgerinnen und Bürgern sollen nicht der Sonderfall kommunaler Politik bleiben, sondern zur Regel bei wichtigen Entscheidungen werden. Darum muss die Initiierung von BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheiden erleichtert werden. Zudem sollen die Räte künftig initiativ Fragen unter den BürgerInnen zur Abstimmung stellen können. Wir setzen uns auch für mehr BürgerInnen-Beteiligung über das Internet ein, z.B. den eHaushalt. Das „Kumulieren und Panaschieren“ ist für uns eine gute Antwort auf die Parteienverdrossenheit, die auch auf kommunaler Ebene um sich greift.

Verwaltung transparent machen!

Demokratie kann nur lebendig sein, wo Verwaltungen transparent und kontrollierbar arbeiten. Darum müssen die Rechte der kommunalen MandatsträgerInnen gegenüber Verwaltungen und BürgermeisterInnen eher aus- statt abgebaut werden. Eine Machtfokussierung auf die Person der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters lehnen wir ab. Zur Bekämpfung

von Korruption setzen wir auf bessere und striktere Kontrollverfahren. Auftragsvergaben müssen so öffentlich wie möglich erfolgen. Für die GRÜNE JUGEND ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die gesamte städtische Verwaltung einschließlich der Eigenbetriebe in ihrem Leistungsangebot, ihrer Wirtschaftlichkeit und ihrem Leistungsgrad überprüft werden. Die Verlagerung von Aufgaben in Eigenbetriebe und städtische Gesellschaften darf nicht zu einer Entmachtung des Parlamentes führen. Die GRÜNE JUGEND fordert, dass die Möglichkeiten zur Akteneinsicht ausgebaut werden, und dass die BürgerInnen zudem durch die Verwaltung über diese Möglichkeiten informiert werden. Mancherorts gibt es bereits kommunale Informationsgesetze, dies ist für alle Kommunen erstrebenswert. Die BürgerInnen sollen zudem weniger mit Bürokratie konfrontiert werden. Daher ist es notwendig, Verwaltungsarbeit zu entbürokratisieren und zu große Kommunalverwaltungen zu verschlanken. Mit Hilfe des Internet können Entscheidungen auch der Verwaltung intensiver öffentlich gemacht werden. Im Bereich eAdministration ist es unser Ziel, alle Behördengänge, bei denen es möglich ist, auch zusätzlich in einem virtuellen Rathaus anzubieten. Durch gemeinsame Portale unterschiedlicher Verwaltungsebenen soll ein unbürokratischer Zugang zu allen Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht werden. eDemocracy soll helfen, politische Arbeit transparenter und effektiver zu gestalten. Alle Unterlagen und Einladungen sollen öffentlich verfügbar gemacht werden. Wichtig ist auch, dass die Außenstellen der Verwaltung in Ortsteilen als „kleine Bürgerservicebüros“ erhalten bleiben. Damit können die Bürger in ihren Stadtteilen ihre Verwaltungsangelegenheiten mit kurzen Wegen erledigen. Wir wollen, dass die Kommunalverwaltungen in stärkerem Maße ein Spiegelbild der Gesellschaft darstellen. Mehr Stellen, auch in Führungspositionen, sollen Migrantinnen und Migranten sowie behinderten Menschen zugesprochen werden. Die Gleichstellung der Frauen ist in den Kommunalverwaltungen noch immer nicht erreicht. Bis hin zum Verwaltungsvorstand soll eine möglichst mindestparitätische Besetzung der Führungspositionen mit Frauen erreicht werden. Damit zum Beispiel auch lesbische und schwule VerwaltungsmitarbeiterInnen offen zu ihrem Lebensentwurf stehen können, befürworten wir die Entwicklung von Diversity-Leitbildern für die Beschäftigten der Kommunalverwaltungen. Verwaltung muss auch ökologisch handeln! Gebühren sollten nicht unökologisches Handeln unterstützen, eine Subvention von z.B. Müllgebühren lehnen wir ab. Auch bei der Ausschreibung und Vergabe von Aufträgen müssen Städte möglichst auf ökologische (z.B. Anschaffung von Fahrzeugen mit wenig Emissionen) und soziale Kriterien (z.B. Auftragsvergabe an Unternehmen, die ausbilden) achten und achten dürfen.

Sicherheits- und Kontrollwahn entgentreten!

Einem Sicherheits- und Kontrollwahn, der die flächendeckende Videoüberwachung der öffentlichen Plätze einer Stadt postuliert, treten wir entgegen. Für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, ist darüber hinaus Aufgabe einer bürgerInnennah agierenden Polizei und der Ordnungsämter, nicht privater Sicherheitsdienste. Wir wollen, dass Polizei und Stadtverwaltungen das Leben in der Stadt vor allen Dingen mit präventiven Maßnahmen sicherer machen und als bürgerInnennahe AnsprechpartnerInnen agieren. Die Verdrängung von „Randgruppen“, wie Obdachlosen und drogengebrauchenden Menschen aus der Öffentlichkeit ist nicht Aufgabe der Behörden. Wir sprechen uns gegen Drogenkonsumverbote - ob legale oder illegalisierte Drogen - in der Öffentlichkeit aus, sofern das Konsumieren der Drogen Dritte gesundheitlich nicht beeinflusst. Auch für WagenburgbewohnerInnen muss in den Städten Platz sein. Wir wenden uns gegen eine solche Verdrängungspolitik. Eine angemessene Ausstattung der Rettungsdienste sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes sind ein essentieller Beitrag zur „inneren Sicherheit“ in den Kommunen. Kommunale Verordnungen sollen sich auf Wesentliches beschränken. Wir sind gegen eine Ordnungs- und Kontrollwut, die bereits kleinste Verstöße wie das Hinterlassen von Zigarettenstummeln und Kaugummis mit Strafen sanktioniert.

Für Städte voller Vielfalt

Gegenwärtig erleben wir den breit angelegten Versuch, den Städten ihre Urbanität zu nehmen. Aber sichtbare Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen macht die Stadt als Ort des Lebens aus. Die GRÜNE JUGEND verteidigt die Idee der multikulturellen Stadt. Wir stellen uns gegen Ausgrenzung, Kontroll- und Sicherheitswahn. Wir sind gegen das Modell einer hypersauberen und sozial wie kulturell segregierten Stadt. Auch wenden wir uns gegen die überkommerzialisierte Stadt. Die Städte sind für alle Menschen da. Wir beteiligen uns nicht an der Stigmatisierung und Ausgrenzung von Obdachlosen und drogengebrauchenden Menschen. Auch diese Menschen gehören zur Stadt und sollen sich ungestört und auch sichtbar in ihr aufhalten können! Wir wollen ja zum einen die Stadt als Einkaufsort gegenüber den Einkaufszentren „auf der grünen Wiese“ stärken - andererseits aber ist für uns die Stadt aber auch Ort, an dem Kultur und Begegnung möglich sein muss. Straßenmusik und -kleinkunst bereichern die Städte und machen sie attraktiver. Feste und Veranstaltungen sollen öffentlich zugänglich und kostenlos sein. In allen öffentlichen Gebäuden soll für alle Menschen kostenlos nutzbare und barrierefreie Internetterminals bereit gestellt werden um allen den Zugang zu freien Informationen gewährleisten zu können. Die Städte sollen planerisch so gestaltet werden, dass sie über das Einkaufen hinaus vielfältige Möglichkeiten bieten. Wir wollen kostenlose Angebote gerade für finanziell weniger starke Bevölkerungsgruppen und

Beschluss "Stadt der Zukunft"

Jugendliche erhalten und ausbauen, auch Jugendzentren und Spielplätze gehören in eine lebenswert gestaltete Stadt! Der zunehmenden Privatisierung der Städte muss Einhalt geboten werden: Wenn sie Ort aller Bürgerinnen und Bürger bleiben sollen, dürfen sie nicht nur aus Shopping-Malls bestehen.

Vielfalt leben!

Wir wollen, dass in den Städten Vielfalt gelebt werden kann. Wir setzen uns für ein respektvolles Zusammenleben Menschen unterschiedlicher Herkunft und Lebensentwürfe ein. Wir wollen, dass die Städte stärker auf Menschen mit Migrationshintergrund zugehen: sie ermutigen, selbstbestimmt und sichtbar zu leben. Auch nichtchristliche Religionen sollen stärker öffentlich auftreten können. Die GRÜNE JUGEND sieht nicht ein, warum beispielsweise Moscheen nach wie vor oft in Hinterzimmern untergebracht werden müssen. Wenn der Islam stärker in der Mitte der Städte sichtbar wäre, könnte dies gerade den oft angeführten Dialogschwierigkeiten zwischen MuslimInnen und der Mehrheitsgesellschaft entgegenwirken. Migrantinnen und Migranten sollen auch viel stärker in die Entscheidungsprozesse kommunaler Politik eingebunden werden. Darum kämpfen wir für ein kommunales Wahlrecht aller bei uns lebenden Menschen, gleich welcher Staatsangehörigkeit. Als erster Schritt zur Verbesserung der Mitbestimmung von Menschen mit Migrationshintergrund sollen die Einflussmöglichkeiten der Ausländerbeiräte gestärkt werden. Sie brauchen mehr Macht, damit sich MigrantInnen ernstgenommen fühlen. Wir setzen uns für barrierefreie Städte ein. Unabhängig davon, dass sämtliche neuzubauenden öffentlichen Gebäude, Straßen, Plätze, Fußgängerzonen, ÖPNV-Haltepunkte, usw. barrierefrei errichtet sein müssen, sollen auch bestehende bauliche Barrieren abgebaut werden. Die Städte sollen Schulen und Kindergärten baulich so ausgestalten, dass gemeinsamer Unterricht von nichtbehinderten und behinderten SchülerInnen in viel stärkerem Maße möglich wird. Kulturelle, gesellschaftliche, soziale Angebote der Städte sollen programmatisch daraufhin ausgerichtet werden, dass behinderte Menschen an ihnen teilhaben können, dies kann am besten gemeinsam mit den Verbänden behinderter Menschen realisiert werden: . Die BehindertenvertreterInnen sollen in besonderem Maße in die Kommunalpolitik eingebunden werden, damit die Interessen behinderter Menschen endlich stärker Berücksichtigung finden. Wir fordern auch, dass die Städte ihre Vergangenheit aufarbeiten. Dort wo es noch nicht geschieht, soll die Forschung über die Rolle der Kommune in der NS-Zeit unterstützt werden. Die Ergebnisse müssen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Den Opfern des Nationalsozialismus ist mit Mahnstätten an zentralen Orten der Städte zu gedenken. Jede Form von Antisemitismus und Rassismus muss von den Städten entschieden bekämpft werden. In der Erforschung und Archivierung der Stadtgeschichte gilt es zudem die Rolle der Frauen gleichwertig mit der der Männer aufzuarbeiten. Historische und unter Denkmalschutz stehende Gebäude sind eine Bereicherung. Die Aufgabe des Denkmalschutzes muss daher sehr ernst genommen werden.

Soziale Städte

Um gesellschaftlich mehr soziale Gerechtigkeit zu realisieren, brauchen die Kommunen dringend mehr Geld. Jede von der Bundesebene erteilte Pflichtaufgabe muss auch deshalb mit solider Mittelzuweisung verbunden werden, damit der Spielraum für freiwillige Leistungen nicht immer weiter zusammenschrumpft. Die Kommunen sollen vor Ort ein gut aufeinander abgestimmtes Netz vielfältiger Angebote der Sozialen Arbeit finanzieren. Beratungs- und Hilfeeinrichtungen für Jugendliche, Arbeitslose, Angehörige gesellschaftlicher Minderheiten, Frauen, Opfer von Gewalt, drogengebrauchende und nichtsesshafte Menschen, Kranke und viele Betroffenenengruppen mehr leisten meist sehr professionelle und engagierte Arbeit. Diese Beratungs- und Hilfeeinrichtungen sind in den Städten unverzichtbar geworden. Gerade die von freien Trägern geleisteten Angebote sind oftmals „näher“ an den Betroffenen als staatliche und städtische Einrichtungen, verstehen die speziellen Probleme der Betroffenenengruppe besser und können somit effektiver helfen. Der GRÜNEN JUGEND ist es ein Anliegen, dass insbesondere die kleinen Einrichtungen sozialer Arbeit stärker unterstützt werden. Neben den großen Wohlfahrtsverbänden erscheinen die an sie gezahlten öffentlichen Zuschüsse oft nur bruchteilhaft und doch leisten sie oft entscheidende Arbeit; gerade weil sie oft Selbsthilfestrukturen entwachsen sind, bringen sie spezifische Probleme neuer Betroffenenengruppen in die Öffentlichkeit. Mit wenig Geld und hohem ehrenamtlichen Einsatz lohnt sich ihre Unterstützung auch schon in Hinblick auf ein Kosten-/Nutzenverhältnis. Die Städte können insbesondere dafür sorgen, dass der lokale Wohnungsmarkt kostengünstige Wohnungen für Familien und sozial schwache Menschen vorhält. Die GRÜNE JUGEND steht einer Privatisierung kommunalen Wohnungseigentums ablehnend gegenüber. Gleichzeitig müssen die Städte und ihre Wohnungsgesellschaften dafür sorgen, dass die Wohnungen attraktiv bleiben. Eine häufigere Sanierung und eine Anpassung an Bedürfnisse von Familien mit mehreren Kindern oder alten Menschen ist oftmals dringend notwendig.

Soziale Städte für alle Generationen

Wir wollen, dass sich Menschen jeden Alters in den Städten wohlfühlen. Insbesondere Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen, aber auch zunehmend alten Menschen müssen hierfür spezielle Angebote gemacht werden. Gerade in Wohngebieten muss der Straßenverkehr so geregelt sein, dass Kinder nicht gefährdet werden. Wir wollen daher mehr Spielstraßen. Flächendeckend müssen auch gut erreichbare, gut ausgestattete und attraktiv gestaltete Spielplätze vorhanden sein. Für größere Kinder sollen Abenteuerspielplätze erhalten bleiben und auch neu geschaffen werden. Kinder müssen auch laut sein dürfen und brauchen Freiräume. Jugendliche machen vieles anders als ältere Menschen. Wir sind gegen eine spießige und repressive Politik, die in den Lebensformen junger Menschen zuerst eine Bedrohung sieht. Gerade in den Städten, können Freiräume für Jugendliche realisiert werden. Wir sind dagegen, Graffiti-KünstlerInnen einseitig zu kriminalisieren. In den Städten gibt es viel zu viel hässliche Betonwände und Bauzäune, als dass es unmöglich sein könnte, Graffiti-KünstlerInnen mehr Freiflächen für legales Sprayen zur Verfügung zu stellen. Wir wollen, dass genug Platz für die Freizeitgestaltung da ist: Platz zum Skaten, zum Basket- oder Fußballspielen soll flächendeckend vorhanden sein. Auch hier ist eine Verdrängungspolitik abzulehnen, die beispielsweise SkaterInnen von zentralen Plätzen verbannt. Für junges kulturelles Engagement müssen Mittel und Orte zur Verfügung gestellt werden: Beispielsweise ausreichend Proberäume für junge Bands und selbstorganisierte Theatergruppen. Räumlichkeiten in Schulen, Jugendzentren müssen Jugendlichen kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Jugendzentren und -häuser müssen auch an den Wochenenden geöffnet haben. Schulhöfe und Grünflächen sollten Kindern und Jugendlichen jederzeit als offene Räume zur Verfügung stehen.

Jugendliche wirklich und ernsthaft beteiligen

Es ist nicht einsehbar, dass Jugendlichen in unserer Gesellschaft viele Pflichten auferlegt werden, dass sie aber umgekehrt nach wie vor kaum Einflussrechte haben. Wir fordern daher die Absenkung des Wahlalters auf kommunaler Ebene. Aktiv wahlberechtigt sollen künftig alle mit 14 werden. Das passive Wahlrecht soll auf kommunaler Ebene allen ab 16 zugestanden werden. Jugendparlamente und Jugendforen zur Diskussion kommunaler Themen, insbesondere solcher, die die Jugendlichen unmittelbar betreffen, sind ergänzend wichtige Instrumente für mehr Partizipation. Es muss aber darauf geachtet werden, dass diese Einrichtungen auch mit ausreichend Mitgestaltungsrechten ausgestattet werden und keine Alibi-Veranstaltungen darstellen: Zu einer echten Partizipation von Kindern und Jugendlichen auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen gehört auch ein Antrags- und Rederecht von Delegierten aus den Jugendparlamenten in den kommunalen Parlamenten. Wir fordern zudem die Entwicklung von kommunalen Aktionspläne (KAP) für kindergerechte Kommunen. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für ein vielfältiges und breites Angebot in der freien Jugendarbeit ein. Auch hier gilt, dass kleine, freie Einrichtungen oftmals näher an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientiert sind. Gerade auch für Gruppen wie lesbische und schwule Jugendliche sollen in den Städten Jugendeinrichtungen vorhanden sein. Die Städte müssen sich noch stärker auf die Bedürfnisse von Kindern und Familien einstellen. Es muss viel Geld in die Hand genommen werden, um einerseits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren und andererseits die Städte planerisch so zu gestalten, dass Kinder sich in der Stadt wohlfühlen können. Die Bundesebene wie die Länder müssen die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie flächendeckende Ganztagesbetreuung für Kinder realisieren können. Öffnungszeiten und Schließungstage der Kindertagesstätten müssen endlich an dem tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden; insbesondere auch an Wochenenden, da viele Frauen in Sozialen Berufen auch an Sonn- und Feiertagen berufstätig sind. Die vielen ehrenamtlich Aktiven leisten in Vereinen und Initiativen unbezahlbare (und oftmals auch völlig unbezahlte) Arbeit. Jede Kommune ist aus haushaltspolitischer, aber auch aus struktureller Sicht gut beraten, sich dieses Engagement nachhaltig zu erhalten und nach allen Möglichkeiten zu honorieren: Ehrenamtlich Aktive müssen mit dem notwendigen politischen und gesellschaftlichen Rückhalt unterstützt werden

Für Städte mit viel Kultur und Bildung

Wir wollen, dass die Städte auch in Zeiten knapper Kassen kulturelles Leben fördern. Die GRÜNE JUGEND will, dass Theater, Konzerthäuser, städtische Museen, Galerien, Einrichtungen für KünstlerInnen und Kulturvereine nicht totgespart werden. Insbesondere ist es wichtig, die „freie Kultur“ außerhalb der institutionalisierten Einrichtungen intensiv zu fördern. Sie darf keinesfalls einem noch stärkeren Sparzwang ausgesetzt werden, als dies bei den großen Einrichtungen der Fall ist. Zu einem lebendigen Kulturleben in den Städten gehören auch freie und spontane kulturelle Äußerungen. Straßenmusik und -theater ist beispielsweise ein Kulturgut. Die Möglichkeiten - gerade für junge Kulturschaffende - ohne großen finanziellen Aufwand kulturelle Events zu veranstalten, muss gegeben sein, dafür werden Räumlichkeiten benötigt, die die Städte vorhalten sollen. Wir wollen, dass sich Städte zu „Orten der Bildung“ entwickeln können. Die kommunalen Bildungsinstitutionen (Volkshochschulen, Stadtbibliotheken, usf.) sind unverzichtbar und werden im Zuge der Globalisierung und durch den Wandel zur Wissensgesellschaft immer wichtiger. Bibliotheken gehören in alle Stadtteile und zusätzlich zentral in die Innenstadt, sie sollen so ausgestattet sein, dass sie ein umfangreiches Medienangebot

Beschluss "Stadt der Zukunft"

kostengünstig zur Verfügung stellen können. Die Volkshochschulen sollen sich inhaltlich so ausrichten, dass sie neuen Herausforderungen, wie der immer notwendiger werdenden Sprachförderung für jungen Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund gerecht werden können. Ihre Programme sollen so gestaltet sein, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen qualitativ hochwertige Angebote vorhalten.

Schulen vernünftig ausstatten

Die Städte müssen als Schulträger dafür sorgen, dass die Schulen baulich in vernünftigem Zustand sind und die Ausstattung mit Lehrmitteln, Computern, Medien ausreichend ist. Die Städte können auch Angebote für die inhaltliche Ausgestaltung des Unterrichts unterbreiten, soweit diese den Lehrplänen entsprechen. Gerade die städtischen Kontakte zu kommunalen Unternehmen, Kultur-, Bildungs- und Forschungs- und Beratungseinrichtungen, können dazu genutzt werden, mehr Wissen in die Schulen zu transportieren. In den Städten, in denen Universitäten oder Fachhochschulen vorhanden sind, kann eine gute Zusammenarbeit von Stadt und Hochschule dazu führen, dass für die BürgerInnen mit einer „BürgerInnenuniversität“ eine zusätzliche Einrichtung für Weiterbildung und lebenslanges Lernen vorhanden ist.

Jung und Alt gehören zusammen!

In vielen Städte herrschen soziale und ökologische Schieflagen. Stadtentwicklung und Planungspolitik müssen sozialer und kultureller Segregation entgegenwirken. Stadtteile, die Hort sozialer Probleme und Konflikte sind (z.B. Großwohnsiedlungen) müssen durch Wohnumfeldverbesserungen wieder zu einem attraktiven und lebendigen Bestandteil der Stadt werden. Eine geeignetes Mittel zur Wohnumfeldverbesserung ist das Quartiersmanagement: Es fördert Stadtentwicklung von unten durch die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Der demografische Wandel wird die Städte vor große Herausforderungen stellen. Wenn immer mehr Menschen ein immer höheres Lebensalter erreichen, so müssen sich der öffentliche Nahverkehr, die Bauplanung und alle ortsnahen Strukturen darauf einstellen. Wir brauchen in einer alternden Gesellschaft umso dringender in den Quartieren gelegenen, gut zu Fuß erreichbare und kostengünstige Lebensmittelnaheversorgung. Gegen die Vereinsamung alter Menschen helfen Begegnungszentren und eine Planung, die neue Wohngebiete auf das Zusammenleben aller Generationen hin ausrichtet.

Unterstützung Tabak Manifesto

14.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Bundeskongress in Jena.

Die GRÜNE JUGEND unterstützt das German Manifesto der "Young People for a life without tobacco?"-Initiative.

Hintergrund:

Das Manifest fordert die EU auf in den Bereichen Passivrauchen (Environmental Tobacco Smoke), Prävention und Raucherentwöhnung (Cessation) aktiv zu werden und schlägt dazu konkrete Maßnahmen wie Aufklärungsarbeit bei rauchenden Eltern, das Recht auf einen rauchfreien Arbeitsplatz, Werbeverbote, Abschaffung von Zigarettensautomaten, Telefonhotlines und kostenlose Unterstützungsprogramme für Raucher, die ihren Konsum reduzieren oder beenden wollen, vor.

Das German Manifesto ist das Ergebnis einer Tabakkonferenz in Berlin Ende März / Anfang April. Die deutsche Konferenz fand im Rahmen eines europäischen Konsultationsprozesses statt und führte zur Verabschiedung des deutschen Manifestes, das gemeinsam mit den Dokumenten aus den anderen EU-Mitgliedsstaaten zur Grundlage eines gesamteuropäischen Manifests dienen wird, um die Meinung der europäischen Jugend widerzuspiegeln. Aus diesem Grund wäre es schön, bereits in Vorfeld der europäischen Konferenz die Unterstützung maßgeblicher Jugendverbände zu bekommen.

Das deutsche Manifest wurde am 30. April nach Brüssel geschickt und wird dort vom 18. - 21. Mai auf einer gesamteuropäischen Konferenz diskutiert. Die gesammelten und in einem EU Manifest gebündelten Beiträge der verschiedenen Länder werden vom Europäischen Jugendforum (EYF Jeunesse) am Weltnichtrauchertag, 31. Mai, als Vorschlag für die zukünftige Tabakpolitik, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament übergeben.

Rektoratsbesetzung in Siegen

13.05.2006: Die GRÜNE JUGEND hat sich auf dem Kongress in Jena solidarisch mit den BesetzerInnen des Rektorats an der Uni Siegen erklärt. Die BesetzerInnen wollen gegen die Einführung von Studiengebühren protestieren.

Die GRÜNE JUGEND erklärt sich solidarisch mit den BesetzerInnen des Rektorats an der Universität Siegen. Die Einführung von Studiengebühren ist ein weiterer Akt, mit der sich die Länder aus der bildungspolitischen Verantwortung ziehen, und wird von uns nicht hingenommen werden. Es kann nicht angehen, dass Kinder aus sozial schwachen Familien solch finanzielle Belastungen zugemutet werden, die ihnen die Möglichkeit auf ein Studium in Zukunft enorm erschweren werden. Bildung muss weiterhin Allgemeingut und für alle Menschen gleichermaßen zugänglich bleiben, und kann nicht wie andere Dienstleistungen immer weiter privatisiert werden.

Deswegen sprechen wir uns entschieden sowohl gegen die geplanten Studiengebühren, wie auch gegen das in Nordrhein-Westfalen angestrebte Hochschulfreiheitsgesetz aus.

Wir wünschen den Studierenden in Siegen viel Erfolg und Durchhaltevermögen bei der weiteren Rektoratsbesetzung.

Hintergrund:

Am Donnerstag dem 11. Mai hat eine Gruppe Studierender aller Fachbereiche und Hochschulgruppen das Rektorat besetzt. Die Aktion soll den Verwaltungsablauf nicht stören, sondern vor allem auf die geplante Einführung der Studiengebühren aufmerksam machen. Vor allem in Hinblick auf die in der kommenden Woche stattfindende Senatssitzung, auf der über die Höhe der Studiengebühren entschieden wird, ist dies von Bedeutung.

Für die Siegener Studierenden, die übers Wochenende im Rektorat ausharren, ist jede Form der Unterstützung eine zusätzliche Motivation.

Friedenspolitische Kommission

13.05.2006: Beschluss auf dem 26. Bundeskongress der GRÜNEN JUGEND zur Einrichtung einer Kommission zur friedenspolitischen Bilanzierung von sieben Jahren rot-grüner Regierungsarbeit.

Die GRÜNE JUGEND Bundesverband setzt eine unabhängige Kommission ein mit dem Auftrag, die grüne Friedenspolitik in der Regierungszeit von 1998 bis 2005 aufzuarbeiten. Die Kommission soll ergebnisoffen arbeiten.

Bisher hat in der grünen Partei wie auch in der GRÜNEN JUGEND noch kein Prozess begonnen, in dem die grüne Außenpolitik einer kritischen Nachbetrachtung unterzogen worden wäre. Dies halten wir jedoch u. a. aus folgenden Gründen für notwendig:

1. Wenige Entscheidungen, die Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen sieben Jahren getroffen haben, haben die Partei mehr beschäftigt, mehr emotionalisiert und vielleicht auch mehr gespalten, als die Beschlüsse zu den Bundeswehreinmärschen in Jugoslawien 1999 und Afghanistan 2001. Diese Entscheidungen haben zu zahlreichen Austritten aus der Grünen Partei geführt.
2. Über wenige Themen, über die die GRÜNE JUGEND in den letzten Jahren diskutiert hat, wurde kontroverser debattiert, als zum Thema Krieg und Frieden. Allerdings haben wir mit dem Beschluss [Global Peace] auf dem Bundeskongress in Erfurt nach einer ausgiebigen Debatte eine Grundsatzposition gefunden. Aber dies war eben eine Grundsatzpositionierung und keine wissenschaftliche Aufarbeitung der konkreten Entscheidungen der rot-grünen Regierungspolitik und unserer Positionierung dazu. Diese Lücke zu schließen und nicht eine erneute Grundsatzdebatte zu führen, sollte Ziel der Kommission sein.
3. In wenigen Politikbereichen wurden in den letzten sieben Jahren grundsätzlichere Entscheidungen getroffen, als in der Außen- und Sicherheitspolitik, und in wenigen Feldern betrat die Bundesrepublik Deutschland derartig Neuland, wie in Bezug auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr, die mit grüner Zustimmung beschlossen wurden.
4. Nur eine fundierte politische Aufarbeitung kann gewährleisten, dass sowohl bezüglich der inhaltlichen Positionierung in der Opposition als auch im Hinblick auf etwaige grüne Regierungsbeteiligungen in der Zukunft die richtigen Lehren gezogen werden können.

Politische Entscheidungen verlangen, nach einer angemessenen Zeit auf ihre Verhältnismäßigkeit, ihre Konsequenzen und ihren Erfolg überprüft zu werden. Dies geschieht momentan, was die Einsätze der Bundeswehr im Ausland im Speziellen und die Ausrichtung der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit grüner Regierungsbeteiligung im Allgemeinen betrifft, nicht oder bestenfalls unzureichend.

Es war immer eine Stärke der Grünen und der GRÜNEN JUGEND, sich selbstkritisch mit dem eigenen Handeln auseinander zu setzen und aus Fehlern zu lernen. Spätestens mit dem Ausscheiden der Grünen aus der Bundesregierung und aus allen Landesregierungen hat auch jedes machtstrategische Argument, das einer kritisch Aufarbeitung entgegenstände, seine Berechtigung verloren. Im Gegenteil ist es jetzt an der Zeit, die grüne Regierungspolitik kritisch zu überprüfen. Insbesondere gilt dies für die grüne Friedenspolitik. Hier steht uns als GRÜNER JUGEND eine Vorreiterinnenrolle gut zu Gesicht.

Neben ihrem allgemeinen (oben beschriebenen) Arbeitsauftrag erhält die Kommission folgende konkrete Fragen:

1. Welche Gewaltbegriffe haben Bündnis /Die Grünen und die GRÜNE JUGEND ihren friedenspolitischen Entscheidungen in den letzten Jahren zugrunde gelegt?
2. Welche Punkte konnten Bündnis 90/Die Grünen in friedenspolitischer Hinsicht im Koalitionsvertrag 1998 verankern und wo wurde zurückgesteckt?
3. Welche Punkte konnten Bündnis 90/Die Grünen in friedenspolitischer Hinsicht im Koalitionsvertrag 2002 verankern und wo wurde zurückgesteckt?

Beschluss "Friedenspolitische Kommission

4. Welche Maßnahmen hat die rot-grüne Bundesregierung ergriffen, dem Ziel einer entmilitarisierten Welt näher zu kommen?
5. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, Abrüstungs- und Entmilitarisierungsschritte über die deutsche NATO-Politik einzuleiten?
6. Wie wirkte sich die rot-grüne Außenpolitik auf das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen aus? Wurde dieses eher gestärkt oder eher geschwächt?
7. Welche Umstrukturierung erfuhr die Bundeswehr, welche neuen Aufgaben übernahm sie und inwiefern entsprechen diese dem grünen Anspruch an Außen- und Sicherheitspolitik und dem Ziel weltweiter Abrüstung?
8. Welche außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen wurden von der rot-grünen Bundesregierung im Rahmen der Terrorismusdebatte nach dem 11. September 2001 getroffen? In welchem politischen, organisatorischen und finanziellen Verhältnis stehen hierbei militärische und nichtmilitärische Mittel zueinander? Welche Wirkung entfalteten diese jeweils in Bezug auf die "Bekämpfung des internationalen Terrorismus", die universelle Gültigkeit der Menschenrechte und das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit im innenpolitischen Rahmen?
9. Welche Maßnahmen wurden zur Stärkung der zivilen Krisenprävention ergriffen? Für welche konkreten Projekte (Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Effektivierung von Wirtschaftssanktionen u. Ä.) setzten sich die Grünen auf nationaler oder setzte sich die deutsche Regierung auf internationaler Ebene ein, welche wurden umgesetzt und wie wirkten sie? Auf welche Widerstände trafen die Initiativen?
10. Welche Rolle spielten deutsche RegierungspolitikerInnen im Vorfeld und während des Kosovokrieges (Hufeisenplan, Diskussion um Racak, Annex B zum Rambouillet-Vertragsentwurf etc.)?
11. Welche Forderungen der grünen Wahlprogramme von 1998 und 2002 konnten in den jeweiligen Legislaturperioden umgesetzt werden? In Bezug auf welche wurden erste Schritte unternommen, wo wurden (aus welchen Gründen?) entgegengesetzte Entscheidungen getroffen?
12. Wie ist rückblickend die personalpolitische Entscheidung für das Auswärtige Amt (Minister, StaatssekretärInnen) zu bewerten?
13. Wie wurde die Politik im Auswärtigen Amt mit der Partei (Bundesvorstand, Fachbereich Außenpolitik) rückgekoppelt?
14. Wie hat sich die Grüne Partei mit Außenpolitik beschäftigt, welche Rolle lässt sich für diesen Politikbereich erkennen und welche Auswirkungen hatte dies auf die grüne Politik?
15. In welchem Rahmen wurde die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 1999 genutzt, um eine friedliche Lösung im Kosovo zu ermöglichen, oder andere Elemente grüner Friedenspolitik umzusetzen?
16. Welche Auswirkungen hatte die Zustimmung der Grünen zum Krieg gegen Jugoslawien 1999? Haben sich die an den Bielefelder Beschluss der grünen Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) geknüpften Erwartungen eher bestätigt oder eher zerschlagen? Wie viele Mitglieder und MandatsträgerInnen hat die Grüne Partei dadurch verloren, welche personellen Entwicklungen gab es in Bezug auf die GRÜNE JUGEND?
17. Welche Auswirkungen hatte die Zustimmung der Grünen zum Krieg gegen Afghanistan 2001 (Enduring Freedom und ISAF)? Haben sich die an den Rostocker BDK-Beschluss geknüpften Erwartungen eher bestätigt oder eher zerschlagen? Wie viele Mitglieder und MandatsträgerInnen hat die Grüne Partei dadurch verloren, welche personellen Entwicklungen gab es in Bezug auf die GRÜNE JUGEND?
18. Welche Auswirkungen hatte die Verweigerung der Grünen zu einer deutschen Beteiligung am Irak-Krieg 2003? Haben sich die an den Wiesbadener BDK-Beschluss geknüpften Erwartungen eher bestätigt oder eher zerschlagen?
19. Welche kriegsunterstützenden Maßnahmen wurden von der rot-grünen Regierung im Rahmen des Irak-Krieges verantwortet? Wie ist der Widerspruch bzw. Spagat zwischen öffentlicher Kriegsablehnung und materieller Kriegsunterstützung bzw. Tolerierung US-amerikanischer Kriegsmaßnahmen in Deutschland angesichts der politischen Entwicklung im Irak seit 2003 zu werten?
20. Welche konkreten Auswirkungen hatte die Beteiligung der Bundeswehr an den verschiedenen Einsätzen im Ausland 1998 bis 2005 im Einzelnen? Wie sind jeweils mögliche Alternativen (z. B. Einsatz von Zivilkräften) zu den Einsätzen von Streitkräften zu bewerten?
 - a) Operation Concordia in Mazedonien
 - b) Operation Artemis in der Demokratischen Republik Kongo und Uganda
 - c) Operation Enduring Freedom in Afghanistan
 - d) Allied Force (NATO-Operation)
 - e) African Mission in Sudan (AMIS)
 - f) International Security Assistance Force in Afghanistan (ISAF)
 - g) United Nations Mission in Sudan (UNMIS)

Beschluss "Friedenspolitische Kommission

- h) United Nation Assistance Mission in Afghanistan (UNAMA)
 - i) United Nations Mission Ethiopia Eritrea (UNMEE)
 - j) Aceh Monitoring Mission (AMM)
 - k) die verschiedenen internationalen Hilfseinsätze
21. Welche Anstrengungen wurden unternommen, die Wehrpflicht abzuschaffen?
 22. Welche friedenspolitischen Akzente konnten in Bezug auf die deutsche Rüstungsexportpolitik gesetzt werden?
 23. Welche friedenspolitischen Maßnahmen wurden in Bezug auf den EU-Verfassungsgebungsprozess, die European Security Strategy und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU im Allgemeinen ergriffen?
 24. Welcher Motivation und Legitimation entsprang das mit Priorität und hohem Engagement betriebene Werben Außenminister Fischers für einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat? Welche Auswirkungen hatte es?
 25. Welche konkreten Maßnahmen wurden ergriffen, Militarismus, Kriegsverherrlichung und Nationalismus in der Gesellschaft zurückzudrängen?
 26. Inwiefern haben Vergleiche mit der NS-Zeit im Zusammenhang mit der Legitimierung von Auslandseinsätzen die Aufarbeitung des Holocausts sowie das Ansehen Deutschlands in Polen oder Israel beeinflusst?
 27. Welche Spannungen zwischen verschiedenen grünen außen-, entwicklungs- und friedenspolitischen Zielsetzungen erwiesen sich als bedeutsam?
 28. Mit welchen konkreten Maßnahmen hat Deutschland von 1998 bis 2005 dazu beigetragen, den militärischen Faktor in der internationalen Politik zurückzudrängen?
 29. Mit welchen Maßnahmen hat Deutschland von 1998 bis 2005 dazu beigetragen, den militärischen Faktor in der internationalen Politik zu stärken?
 30. Welche Empfehlungen ergeben sich aus den gewonnenen Erkenntnissen für die Anforderungen an eine moderne grüne Friedenspolitik?
 31. Welche Empfehlungen ergeben sich hieraus für die Friedenspolitik der GRÜNEN JUGEND?

Die Kommission wird aufgefordert, dem ersten oder zweiten Bundeskongress 2007 einen umfangreichen Abschlussbericht vorzulegen, der anschließend der Mutterpartei zugeleitet und der Öffentlichkeit breit zugänglich gemacht werden soll. Allen interessierten Mitgliedern der GRÜNEN JUGEND soll die Möglichkeit gegeben werden, sich über das Wiki der GJ über den Stand der Arbeit der Kommission zu informieren und dort eigene Tipps und Anregungen beizusteuern. Die Fachforen der GRÜNEN JUGEND können, sofern es thematisch möglich ist, durch ihre inhaltliche Arbeit (Seminare, Hearings, Diskussionen etc.) zu bestimmten Aspekten des Arbeitsauftrags der Kommission ihre Überlegungen entwickeln.

Die Kommission setzt sich aus acht Mitgliedern zusammen und ist quotiert zu besetzen. Die Kommissionsmitglieder werden vom kommenden Bundesausschuss gewählt. Maximal zwei Mitglieder der Kommission dürfen Mitglieder des Bundesvorstandes der GRÜNEN JUGEND sein. Tritt ein Kommissionsmitglied zurück, ist sein Platz vom nächsten Bundesausschuss nachzuwählen. Über ihre Aufgabenverteilung und Strukturierung entscheidet die Kommission selbst.

Die Kommission ist angehalten, ein größtmögliches Maß an fundierter fachpolitischer Arbeit zu leisten. Mögliche Methoden sind hierbei unter anderem ExpertInnen-Interviews mit Außen-, Sicherheits-, und VerteidigungspolitikerInnen, HistorikerInnen und anderen Fachleuten z. B. aus NGOs, und eine umfassende Dokumentenanalyse friedenspolitischer Materialien aus dem grünen und junggrünen Spektrum der vergangenen Jahre incl. der entsprechenden innerparteilichen Anträge und Positionspapiere. Wenn es nach Ermessen der Kommission organisatorisch möglich und inhaltlich sinnvoll ist, kann sie einen ersten kleineren Zwischenbericht als Diskussionsinput zum Zukunftskongress von Bündnis 90/Die Grünen am 1. September 2006 in Berlin vorlegen. Dieser ist zuvor dem Bundesvorstand zur Kenntnis zu geben.

Menschen mit Behinderung integrieren

13.05.2006: Aus dem Abseits in die Mitte: Für mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Bundeskongress in Jena.

Zur Verbesserung bzw. Gewährleistung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen beantragen wir hiermit die nachfolgenden Forderungen als Grüne Jugend zu vertreten und in (Alt-)Partei und Fraktionen weiterzutragen.

Mobilität und Alltag

- Erhöhung der kostenlosen Einzelfahrten von bisher 4 pro Monat auf mindestens zwei Hin- und Rückfahrten pro Woche, damit z.B. die Möglichkeit an Selbsthilfegruppen teilzunehmen, Behördentermine wahrzunehmen, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen und soziale Kontakte zu pflegen gewährleistet ist.
- Elektronische Hinweistafeln für Gehörlose auf Bahnsteigen und in den Wagen der U-, S-Bahnen und Bussen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) sowie Fernverkehrszügen, auf denen z.B. die nächste Haltestelle, die benutzte Linie und vor allem mögliche Fahrplanänderungen angezeigt werden.
- Durchsagen von einfahrenden Linien auf Bahnsteigen für sehbehinderte Menschen.
- Die Installierung von allen Verkehrsschildern an Fußwegen im gesamten Stadtgebiet in einer Höhe von mindestens zwei Metern und eine kontrastreiche Markierungen der zugehörigen Stangen. Dieses muss insbesondere im Bereich der Fußwege erfolgen, um blinde oder stark sehbehinderte Menschen vor Verletzungen zu schützen.
- Höhere Bußgelder und Wiedereinführung von Pollern, um eine klare Trennung von Fußweg und Strasse bzw. Radweg zu erwirken, damit keine Behinderungen auf dem Fußweg durch parkende Kraftfahrzeuge entstehen.
- Die Radwege müssen fühlbar von den Fußwegen getrennt werden.
- Die Herstellung vollständiger Barrierefreiheit im öffentlichen Raum: Dies gilt insbesondere für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).
- Entwicklung eines Lehrbuchs und Fragebögen in Deutscher Gebärden Sprache (DGS) für die Autofahrausbildung von Personen mit Hörschädigung.
- Bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Fahrlehrer auf dem Gebiet der Autofahrausbildung für Menschen mit Behinderung.

Wohnen und Betreuung

- Ein umfangreiches Angebot zur Unterstützung auf dem Weg zum selbstständigen Wohnen und der Arbeitssuche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.
- Keine Festlegung eines bestimmten Prozentsatzes von Personen, die in Zukunft ambulant betreut werden sollen, sondern gemeinsame Beratung und Entscheidung mit der betroffenen Person im Einzelfall.
- Keinen zu leistenden Eigenanteil an den Wohn- und Betreuungskosten für Menschen, die in stationären Einrichtungen wohnen und keine Anstellung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt haben.
- Einen höheren Betreuungsschlüssel im Bereich des betreuten Wohnens und Arbeitens und mehr speziell qualifizierte Betreuungstellen. In einem ersten Schritt muss die pro Patient zur Verfügung stehende Zeit um 25% steigen.
- Es sollen Regelungen für gesetzliche BetreuerInnen erlassen werden, die eine Maximalzahl an betreuten Personen festschreibt (7) und ein Minimum an persönlichen Kontakten der BetreuerInnen zu den KlientInnen gewährleisten (1/Woche).
- Mehr barrierefreie Gestaltung von Wohnraum ist nötig. Deshalb ist bei allen Neu- und Umbauten von kommerziell genutztem Wohnraum eine Quote von 33% zu erfüllen. Bei öffentlich gefördertem Wohnraum muss darüber hinaus gegangen werden.

Behörden und öffentlicher Raum

- Zahlreicheres, umfangreicheres und besser zugängliches, und vor allem aktuelles Informationsmaterial für Menschen mit Behinderung bzgl. Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Behörden und anderer Beratungsstellen,

Beschluss "Menschen mit Behinderung integrieren"

- kultureller und touristischer Veranstaltungen etc.
- Mehr qualifizierte, kompetente Ansprechpartner in den Behörden.
- Entbürokratisierung der Beschaffung von alltäglichen Hilfsmitteln und deren bessere Finanzierung.
- Mehr Gebärdensprachdolmetscher bei Behördengesprächen, durch Internet und Webcam umsetzbar.
- Öffentlich Toiletten in den Kommunen sollen nach Möglichkeit behindertengerecht gestaltet werden. Bei Neu- und Umbauten von öffentlichen Plätzen oder kulturellen bzw. touristischen Veranstaltungen müssen behindertengerechte Toiletten vorhanden sein.

Schule und Ausbildung

- Beibehaltung und Ausbau von Integrativen Klassen und Kindergärten.
- Einführung des Wahlfaches Deutsche Gebärdensprache an allen Schulen mit integrativer Beschulung.
- Erhöhung der Anreize für junge Menschen, ein Freiwilliges Soziales Jahr zu leisten (höhere finanzielle Entlohnung, Anrechnung von mehr Wartesemestern, kostenfreies Wohnen, kostenfreies breit gefächertes Qualifizierungsangebot).
- In den Lernplänen soll schriftlich fixiert werden, dass der Themenaspekt Sexualität und Behinderung im Rahmen des Sexualkundeunterrichts zur Sprache kommt.

Kultur und Medien

- Gebärdensprachdolmetscher bei Theater- und Opernaufführungen.
- Deutsche Untertitel bei Kinofilmen
- Gebärdensprachdolmetscher bei Fernsehsendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.
- Museumsführungen mit Gebärdensprachdolmetschern bzw. Audiogerätenarbeit.

Arbeit

- Eine offensive Informationskampagne der Landesregierungen soll über die Möglichkeiten informieren, Menschen mit Behinderung einzustellen bzw. Außenarbeitsgruppen von "Behindertenwerkstätten" zu engagieren.
- Eine verpflichtende Informationsveranstaltung für Arbeitgeber zu diesem Thema ist einzuführen.
- Aufklärung darüber, dass mögliche Leistungseinschränkungen eines körperlichen Handicaps durch eine von der Behörde finanzierte technische Ausrüstung kompensiert werden können.
- "Behindertenwerkstätten" sollen nicht unter den Druck geraten, gewinnorientiert wirtschaften zu müssen. Vielmehr muss eine finanzielle Unabhängigkeit dahingehend erreicht werden, dass der pädagogische Aspekt für diejenigen, die nicht auf eine Arbeit im allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet werden können, im Vordergrund steht.
- Deutlich spürbare, einschneidende finanzielle Sanktionen für Betreiber und Behörden bei Nichteinhaltung der Quotenregelung.
- Speziell ausgebildete Ansprechpartner in jedem Standort der Agentur für Arbeit. Diese Mitarbeiter sollen mit viel Zeit ausgestattet sein, um Firmen besuchen zu können. Hier helfen keine Durchsatzquoten, sondern persönlicher Einsatz führt zu Erfolgen.

Eine Gesellschaft, in der sich Menschen mit Behinderung ebenso entfalten und am alltäglichen Leben partizipieren können wie Menschen ohne Behinderung, ist in erster Linie eine barrierefreie, tolerante und solidarische Gesellschaft. Von Barrierefreiheit im Stadtgebiet (ÖPNV, Wohnraum, öffentliche Gebäude und Kulturveranstaltungen) profitiert nicht nur eine verhältnismäßig gering erscheinende Gruppe von Menschen mit einer Schwerbehinderung, sondern sie erleichtert auch Eltern mit Kinderwagen die Nutzung des ÖPNV und das Betreten von öffentlichen Räumen, bietet kleinen Kindern Sicherheit, ermöglicht es alten Menschen sich selbstständiger und unbeschwerlicher zu bewegen sowie am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und macht es attraktiver, sich für die umweltschonenden Reise mit dem Fahrrad und dem ÖPNV zu entscheiden.

Barrierefreiheit als Chance

Es lohnt sich also in vielerlei Hinsicht die Barrierefreiheit zu fordern und zu fördern: Häufig wird von dem Vorhaben gesprochen, den Staat kinderfreundlicher zu gestalten. Diese Umgestaltung muss mit der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum beginnen. Auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wird Barrierefreiheit immer stärker ein wichtiger Aspekt der Städteentwicklung sein müssen. Dass wir alle älter werden, bedeutet nicht zwangsläufig, dass wir mit fortschreitendem Alter auch alle gesünder sein werden, als es alte Menschen derzeit sind. Das Risiko zu erkranken und durch eine körperliche Einschränkung in der Bewältigung des Alltags und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben behindert zu werden steigt mit der Höhe der Lebenserwartung. Darum geht uns alle das Thema Barrierefreiheit im Stadtgebiet und gerade auch im Wohnraum etwas an, wenn wir auch im Alter weithin selbstbestimmt und weitestgehend unabhängig von fremder Hilfe leben und wohnen wollen.

Freiwilliges Engagement substanziell stärken

Mit den leeren öffentlichen Kassen werden häufig die inakzeptablen Zustände in z.B. betreuten Wohneinrichtungen sowie mangelnde Qualifizierung und geringe Bezahlung von Betreuungspersonal begründet. Doch dass sich nur ein übermäßig reicher Staat Solidarität leisten kann und Deutschland zu wenig Kapazitäten haben soll, um diese zu gewährleisten, ist für uns nicht akzeptabel. Deshalb fordern wir eine Ausweitung des freiwilligen Engagements für in der Gesellschaft benachteiligte und schwächere Personengruppen. Als GRÜNE JUGEND, die in der Selbstbestimmung einen ihrer wesentlichen Eckpfeiler sieht, fordern wir die Abschaffung des Wehrdienstes. Hiermit würde allerdings auch der Zivildienst und somit eine nicht zu unterschätzende Stütze für soziale Einrichtungen wegbrechen.

Toleranz stärken

Da niemand um die Einsicht der Notwendigkeit sozialer Dienste herum kommen kann, fordern wir die Erhöhung der Anreize, einen Dienst wie das Freiwillige Soziale Jahr zu leisten. Durch die Absolvierung eines solchen Dienstes wird von jungen Menschen nicht nur ein wichtiger Beitrag für ein konstruktives Miteinander geleistet, sondern auch Toleranz geübt, für die Persönlichkeitsentwicklung wertvolle Erfahrungen gesammelt und praktisch auf das selbstständige Leben vorbereitet. Die durch die Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes freiwerdenden Mittel sollten für eine angemessene Entlohnung des sozialen, einjährigen Dienstes, Unterkunft und breit gefächerte zusätzliche Bildungsmöglichkeiten, die zur Allgemeinbildung beitragen, genutzt werden. Selbstständigere, mit praktischen Tätigkeiten vertraute, umfassend gebildete junge Menschen würden zudem den Wünschen von Wirtschaft, Ausbildungsbetrieben und Universitäten entgegen kommen. Toleranz muss geübt werden und sich in unserer Gesellschaft immer wieder neu etablieren. Dies kann nur durch Einbindung in den Alltag derer erreicht werden, die allzu häufig an den Rand der Gesellschaft, in isolierte Wohneinrichtungen, Schulen und Werkstätten verbannt werden. Wir fordern daher eine gemeinsame Betreuung und Ausbildung von Kindern. Dabei sollen eventuell vorhandene Behinderungen, ein Migrationshintergrund oder das Elternhaus kein Grund zum Trennen sein. Damit erhalten alle die Chance auf die bestmögliche Ausbildung, um im späteren Leben selbstbestimmt und eigenständig wohnen, leben und arbeiten zu können und so ein tolerantes Miteinander entstehen kann. Nur auf diese Weise können Vorurteile, Berührungsängste und Intoleranz beseitigt werden.

Integration am Arbeitsplatz

Hier stehen auch ganz besonders die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die Landesregierungen in der Verantwortung, die geforderte Toleranz zu fördern und die Teilnahme am Arbeitsleben, je nach individuellen Voraussetzungen im geschützten Rahmen von speziellen Einrichtungen oder in Arbeitsverhältnissen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu gewährleisten, um Selbstentfaltung und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Damit Arbeitgeber/innen ihren Beitrag hierzu leisten können, müssen sie stets aktuelle, umfangreiche Informationen über die Möglichkeiten Menschen mit Behinderung einzustellen bzw. Außenarbeitsgruppen von "Behindertenwerkstätten" zu engagieren, von Seiten der Behörden erhalten und darüber aufgeklärt werden, dass mögliche Leistungseinschränkungen durch ein körperliches Handicap durch eine von der Behörde finanzierte technische Ausrüstung kompensiert werden kann. Erst im Rahmen dieser Toleranz kann es gelingen zu der Einsicht zu gelangen, dass eine körperliche, geistige oder psychische Abweichung von der Norm nicht unbedingt die Behinderung ausmacht.

Es sind die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse sowie die Beschaffenheit des öffentlichen Raumes, die die Einschränkungen und Benachteiligung (eben Behinderungen dem eigentlichen Wortsinn nach) in der freien Selbstentfaltung und aktiven Selbstbestimmung bedingen.

Homophobie im Sport beseitigen

13.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Kongress in Jena.

Der Sport stellt einen der wichtigsten Lebensbereiche dar. Egal ob im Verein oder individuell - für viele Menschen gibt es zu durch sportliche Aktivität vermittelten Spaß, körperlichen Wohlbefinden, Gruppenerlebnisse oder sonstige flankierende Freizeitgestaltung keine Alternative. Das zeigt schon allein, dass der Deutsche Sportbund mit 27 Millionen Mitgliedern die größte Personenorganisation der Bundesrepublik ist. Der integrative Charakter, den Breitensport und Fun-sport aber auch Leistungssport entfalten kann, ist in einem funktionierenden Gemeinwesen unersetzlich. Sport ist deshalb auch für die GRÜNE JUGEND förderungswürdig.

Jedoch wird die Integrationsleistung vieler engagierter haupt- und ehrenamtlich im Sport tätigen durch strukturelle Missstände in Frage gestellt. Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transidenten wird es vielerorts schwer gemacht, sich in Vereinszusammenhängen zu outen. Offene Ablehnung bis zu Gewalterfahrungen sind die Folge. Homosexualität ist im Sport nicht sichtbar. Insbesondere im Hochleistungssport - etwa Fußball - wäre das Konfliktpotential erheblich und würde das Aus für manche Karriere bedeuten. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass im Frauen- und Herrenfußball, in anderen Mannschaften- oder Einzelsportarten Lesben und Schwule genau so repräsentiert sind wie in der übrigen Gesellschaft. Es wird Zeit, das sichtbar zu machen und über diesen "Hebel" die in Fankultur und Sportbürokratie verankerte Homophobie aufzubrechen.

Die GRÜNE JUGEND fordert den Deutschen Sportbund und die angehörigen Dachverbände des Sports auf, sich des Themas Homosexualität anzunehmen. Erforderlich ist eine umfassende Aufklärungskampagne. Denkbar wäre es, die Botschaften dieser Kampagne über PatInnen aus dem Spitzensport zu transportieren, die sowohl hetero- als auch homosexuell sind. Ziel muss es sein, deutlich zu machen, dass jede und jeder im Sport seinen Platz hat und Leistungen, Spaß und Prävention nicht davon abhängig sind, welche Sexualität er/sie lebt.

Darüber hält die GRÜNE JUGEND für notwendig, Sport und Jugendhilfe in den Kommunen so zu verzahnen, dass jeder und jedem Jugendlichen das umfassende Beratungsangebot vor Ort deutlich wird und sie/er sich wohnortnah zu Fragen von Sexualität und Coming Out, zu Konfliktbewältigung und Gewaltprävention beraten lassen kann. Wir wollen eine offene Gesellschaft der Akzeptanz aller Lebensweisen - auch im Sport.

Autofreie Sonntage

13.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Kongress in Jena.

Die GRÜNE JUGEND fordert:

- ein Verbot der Nutzung von privaten Personenkraftfahrzeugen an Sonntagen in allen Stadtgebieten der Bundesrepublik Deutschland (auf Antrag können Ausnahmegenehmigungen erteilt werden)
- Gleichzeitig, eine Erhöhung der Taktung des ÖPNV-Verkehrs in besagten Gebieten besonders an Wochenenden und einen uneingeschränkten Betrieb des ÖPNV in den Nächten von Freitag aus Samstag, Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag.
- Die Senkung von Fahrpreisen des ÖPNV an Wochenenden

Trampstellen einrichten

13.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Kongress in Jena.

Die GRÜNE JUGEND fordert die Einrichtung von Trampstellen an deutschen Fernstraßen und an Autobahneinfahrten.

Hintergrund:

Trampstellen machen diese billige und umweltfreundliche Art des Reisens, die v.a. von jungen Menschen genutzt wird, angenehmer und sicherer.

Trampstellen sehen in etwa aus wie eine Bushaltestelle ohne Bus, also eine Einbuchtung am Straßenrand mit einem speziellen Verkehrsschild (das z.B. einen Daumen zeigen könnte). In den Niederlanden gibt es einige wenige "Liftplaats" genannte Trampstellen.

Hilf mit beim Kampf gegen AIDS!

13.05.2006: Auf dem 26. Bundeskongress hat die GRÜNE JUGEND beschlossen "World Community Grid" zukünftig als Partnerin zu unterstützen und fordert alle Mitglieder zum mitmachen auf.

Die GRÜNE JUGEND wird offizielle Partnerin des "World Community Grid".

Dies ist ein nicht-kommerzielles Projekt, dessen bekannteste Aktivität FightAIDS@home ist (deutsch: Bekämpfe AIDS zu Hause): Damit ist es ganz einfach, sich bei der Suche nach Aids-Medikamenten zu beteiligen. Für diese Art von Wissenschaft (computerbasierte Simulation) wird eine enorm große Rechenleistung benötigt, die die Computer der AIDS-Forscher alleine nicht bewältigen können. Daher wird die Rechenlast verteilt: JedeR kann mit die in ihrem/seinem Computer ungenutzte Rechenpower dem Projekt zur Verfügung stellen. Ein eigenes Programm läuft unauffällig 10 im Hintergrund und schaltet sich immer dann ein, wenn der Rechner gerade nicht ausgelastet ist. Sobald der Rechner wieder mehr Leistung braucht, reduziert sich das Programm automatisch und stört daher nicht weiter.

Über eine Verbindung ins Internet holt sich das Programm neue Rechenaufgaben und liefert die Ergebnisse wieder bei den Forschern ab. Dieses Prinzip wird "verteiltes Rechnen" (Englisch: distributed Computing) genannt.

Bei FightAIDS@home erledigt der Computer Berechnungen zu potenziellen Wirkungen zwischen verschiedenen 15 chemischen Verbindungen und den verschiedenen Mutationen des Virus. In Deutschland wird das Projekt bisland zum Beispiel vom Technologiekonzern IBM - dem Hauptsponsor - und der Hochschule Heilbronn unterstützt.

Seit dem Jahr 2005 unterstützen einzelne Aktive der GRÜNEN JUGEND bereits das Projekt und erklären auf der , wie man sich daran beteiligen kann.

Jetzt unterstützt die GRÜNE JUGEND das Projekt auch offiziell. Das heißt, dass die GRÜNE JUGEND stärker für das Projekt auf ihrer Webseite wirbt und im Gegenzug auch auf der Webseite der Organisation als Partner genannt wird. Kosten fallen für die GRÜNE JUGEND nicht an.

Das World Community Grid arbeitet derzeit an zwei Projekten: Neben FightAIDS@Home ist dies , das die Entfaltung von menschlichen Proteinen simuliert. Welche Projekte von World Community Grid berechnet 25 werden, bestimmt ein internationales, 16-köpfiges Komitee besetzt mit Wissenschaftlern und Medizinerinnen, das sogenannte . Nach Abschluss eines Projektes stehen die Ergebnisse allgemein zur Verfügung, im Gegensatz zu anderen Distributed- Computing-Programmen, deren Ergebnisse nur einzelnen Instituten oder Universitäten zugänglich sind.

GEZ abschaffen

13.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Kongress in Jena.

Nach der momentan gültigen Gesetzeslage wird ab dem 1.1.2007 die Rundfunkgebühr nicht mehr nur für das Bereithalten von Empfangsgeräten für Rundfunk und Fernsehen fällig, sondern auch Computer mit einem Internetzugang sind gebührenpflichtig. Das Eintreiben der Gebühren erfolgt über die Gebühreneinzugszentrale (GEZ). Bei dieser "neuen" Abgabe handelt es sich nicht einmal um eine zusätzliche gesetzliche Bestimmung, sondern nur um das Ende einer "wohlwollend" gewährten Gebührenbefreiung.

Folge dieser Änderung ist, dass auch bewusst auf Fernseh- oder Rundfunkgeräte verzichtende Personen Abgaben für den PC zahlen müssen. Außerdem bietet heutzutage auch jedes durchschnittliche Handy die Möglichkeit an, Zugang zum Internet zu bekommen. Damit sind diesen nach den Regelungen der GEZ gebührenpflichtig, da es sich um ein bereitgehaltenes Empfangsgerät handelt. Unterm Strich kann man damit sagen, dass fast jeder Haushalt in Deutschland damit verpflichtet wäre, Rundfunkgebühren zu zahlen.

Die GEZ ist dabei nicht nur ein Verwalter der Ressourcen, sie spürt auch Personen nach, die keine Gebühren zahlen. Dazu werden nicht nur MitarbeiterInnen auf Provisionsbasis bezahlt, die an den Türen klopfen und von "Messungen in der Gegend" erzählen. Die GEZ bekommt per Gesetz auch bei An- und Ummeldungen in den Einwohnermeldeämtern die entsprechenden Daten übermittelt, ohne dass mensch diesen Vorgang unterbinden kann. Zusätzlich werden immer wieder durch Schreibfehler oder das Anschreiben nicht existenter Personen Fälle bekannt, in denen die GEZ teuer mit Geld aus den Gebühreneinnahmen Adressbestände von Adresshändlern "zu Werbezwecken" anmietet.

Diese beiden Punkte führen die GRÜNE JUGEND zu der Auffassung, die Gebühreneinzugszentral ist überflüssig und muss abgeschafft werden. Dabei geht es allerdings nicht darum, dem öffentlichen Rundfunk die finanzielle Basis zu entziehen. Dieser soll weiterhin aufrechterhalten werden.

Statt der Abgabe an die GEZ soll es eine allgemeine feste Gebühr für die öffentlichen Grundversorgung geben, die vergleichbar von Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag direkt mit den Steuer durch die Finanzämter eingefordert und an die öffentlich-rechtlichen Sender weitergeleitet wird. Dieses Verfahren würde die gesamte teure Infrastruktur an Bürokratie und Ausforschungsdiensten einsparen und damit auch weiter ansteigenden Rundfunkgebühren vorbeugen.

Wo Öko draufsteht, muss auch Öko drin sein!

13.05.2006: Beschluss der GRÜNEN JUGEND auf dem Kongress in Jena zur geplanten Aufweichung des Bio-Siegels durch die Europäische Kommission.

Die GRÜNE JUGEND kritisiert die von der Europäischen Kommission geplante Aufweichung der Richtlinien für das BIO-Siegel scharf. Die ökologischen Standards des BIO-Siegels dürfen nicht aufgeweicht oder verwässert werden. Selbst der Bundesrat fordert in einer Initiative die EU-Standards im BIO-Bereich beizubehalten. Das BIO-Siegel ist für viele KundInnen eine Möglichkeit sich ohne großes Vorwissen für gesunde und ökologische Bioprodukte entscheiden zu können. Das sechseckige BIO-Siegel hat stark mit dazu beigetragen, dass der BIO-Sektor in der Europäischen Union, vor allem aber in Deutschland, boomt. Der Boom führt sogar soweit, dass eigentlich heimisches Gemüse nach Deutschland importiert werden muss, damit der Bio-Bedarf an diesem Gemüse hier gedeckt werden kann.

Gerade wegen dieser Erfolge muss gelten: KundInnen müssen sich auch in Zukunft weiterhin sicher sein können, dass bei BIO auch wirklich biologisch produzierte Nahrungsmittel enthalten ist. Die Standards des BIO-Siegels (Vermeidung von giftigen Chemikalien und Gentechnik, weniger Tierquälerei, eine kompromisslose Qualitätskontrolle, usw.) müssen unbedingt erhalten bleiben. Eine Senkung der Qualitätsansprüche könnte dem Missbrauch Tür und Tor öffnen. "Bioskandale" wären nur eine Frage der Zeit. Das zerstört das Vertrauen in ökologisch hergestellte Produkte und würde die Vernichtung von hochwertigen Arbeitsplätzen in Landwirtschaft und Einzelhandel, vor allem in den ländlichen Räumen, bedeuten.

Den Ausschluss der Bioverbände aus den Beratungen um die Reform der EU-Öko-Verordnung sehen wir ebenfalls sehr kritisch. Wir fordern die EU auf, die Ökoverbände an den Beratungen teilnehmen zu lassen und, wie es früher bereits der Fall war, ihre Interessen anzuhören. Ebenso müssen die Interessen der VerbraucherInnen berücksichtigt werden.

Die GRÜNE JUGEND stellt sich nicht gegen den vermehrten Verkauf von BIO-Lebensmitteln in Supermärkten oder bei Discountern. Jedoch: BIO und Geiz-ist-Geil vertragen sich nicht. Wir glauben aber, dass ökologische Produkte sich mit der Zeit durchsetzen werden. Zudem müssen außer dem BIO-Siegel auch Informationen über die Herkunftsregion des Produktes, klar für die VerbraucherInnen gekennzeichnet sein. Die VerbraucherInnen bekommen dadurch die Gelegenheit, sich direkt für BIO-Produkte aus der näheren Umgebung entscheiden zu können.